Zeitschrift: Berner Schulblatt
Herausgeber: Bernischer Lehrerverein
Band: 117 (1984)
Heft: 22

Heft

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Berner Schulblatt L'Ecole bernoise 22

Organ des Bernischen Lehrervereins
117. Jahrgang. Bern, 26. Oktober 1984

Organe de la Société des enseignants bernois
117e année. Berne, 26 octobre 1984

Nichtwiederwahl von «Zweitverdienern»?

Eine Richtigstellung zum Artikel von Hans Jenzer im BSB Nr. 21 vom 12. Oktober 1984, Seite 337

Kollege Jenzer setzt sich mit dem *Vorschlag der BLV-Arbeitsgruppe* (nicht BPLV!) «Bekämpfung dar Stellenlosigkeit» auseinander, dass bei Stellenbesetzungen Stellenlosen vor sogenannten Zweitverdienern der Vorzug zu geben sei. Er unterstellt uns, dass wir die Nichtwiederwahl von Zweitverdienern propagieren. Das ist ein eindeutiges Missverständnis, ist nicht unsere Meinung und liesse sich tatsächlich nicht mit den Statuten BLV vereinbaren.

Wir meinen aber, dass bei Stellenbesetzungen – also immer dann, wenn irgendwo eine feste Stelle frei wird, aber auch bei längern und kürzern Stellvertretungen – nicht in erster Linie Bewerber berücksichtigt werden sollten, die durch ihren Lebenspartner finanziell abgesichert sind.

Im übrigen sind wir froh, wenn unsere im Auftrag des Kantonalvorstandes BLV zusammengestellten 23 Diskussionsvorschläge in den Verbänden, Sektionen und Kollegien erörtert werden.

BLV-Arbeitsgruppe Stellenlosigkeit

90 Jahre jung

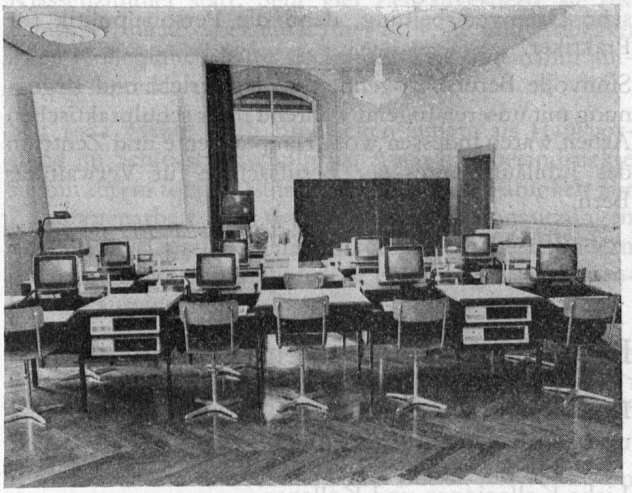
Berufsschule für Verwaltung (BV) wurde 90jährig

Schulkommission und Rektorat der BV Bern hatten das Vergnügen, im angefangenen Quartal zu drei *Tagen der offenen Tür* einzuladen.

Die in letzter Zeit durchgeführten zeitgemässen Erneuerungen und Renovationen einzelner Unterrichtszimmer konnten im Rahmen des regulären Unterrichts vom 22. bis 24. August besichtigt werden. Diese Tage der offenen Tür wollten der Bevölkerung von Stadt und Region Bern einen lebendigen Einblick in die *praxisbezogene Schularbeit der BV* ermöglichen. Etwa dreihundert Schüler erhalten an der BV die theoretisch-praktische Ausbildung zum späteren Berufsleben; ihr Weg führt zur verantwortungsvollen Sekretariatsarbeit für Gemeinde- und Kantonsverwaltung; dieser Weg ermöglicht auch die anspruchsvolle Anstellung in Advokatur- und Notariatsbüros.

Den Stellenwert der Berufsbezogenheit im Unterricht haben die massgebenden Organe und das Lehrerkollegium vornehmlich in den letzten Jahren immer deutlicher erkannt. Klare diesbezügliche Akzente enthält das Lehrmittel von Schulkommissionspräsident, Fürsprecher A. Roth: «Öffentliches Recht».

Das Lehrbuch zum Grundbuchrecht, vorbereitet von Notar und Grundbuchverwalter R. Pfäffli, erschien im Herbstquartal 1984. Eine kleine Gruppe von Sprachlehrern edierte 1980 das «Arbeitsheft für Verwaltungsfranzösisch», welches 1981 eine zweite Auflage erfuhr.



Das neue Medienzimmer

Inhalt – Sommaire

Nichtwiederwahl von «Zweitverdienern»? 345
90 Jahre jung 345
Bernischer Gymnasiallehrerverein 346
Auch Lehrer spielen gerne 346
Zum Gedenken – Ruth Brantschen-Zurbrügg 347
Zum Gedenken – Hans Huber-Schürch 347
Noch Plätze frei 348
Vielfältige Welt 348
Informatik oder Schwyzerörgeli? 348
Kunst am Helvetiaplatz 349
Im Zeichen des Jubiläums 349
Sammlung unter der Schuljugend zugunsten der Hohlen Gasse 350
jtg – damals und heute 351
BLVK. Bezirksversammlung 352
Bernische Lehrerversicherungskasse. Protokoll 352
Rheuma – medizinische und soziale Aspekte 354
Bundesrat Egli und Regierungsrat Meyer 354
Association européenne des enseignants (AEDE) 355
Echos du Comité central de la SEJB 356
Mitteilungen des Sekretariates 357
Communications du Secrétariat 357

Die Investitionen der BV Bern in den zwei letzten Jahren waren beträchtlich. Im Zuge der Renovation entstanden eine zentralgesteuerte, moderne Lehrschreibanlage, eine *EDV-Anlage mit Ausbildungsmöglichkeiten in Programmierung, Textverarbeitung, Finanzbuchhaltung und Kalkulation.* Sie ist vernetzt und gestattet die gemeinsame Benützung mit der Schulverwaltung.

Kurse für Gemeindeschreiber werden seit 1968 erteilt. Eine Orientierung anhand des Weiterbildungsprogrammes für das Sommersemester 1984 zeigt eindeutig, welche zentrale Bedeutung nun der berufsbegleitenden Ausbildung für das Berner Staats- und Gemeindepersonal an der BV beigemessen wird. – Nach sechs Semestern kann im Rahmen einer eingehenden Prüfung, die durch Speziallehrkräfte abgenommen wird, das Diplom erlangt werden.

Das breitangelegte Spektrum dieser Kurse erfasst – neben andern wichtigen Lernzielen – auch die elektronische Datenverarbeitung, dann die Personalpolitik für Praktiker.

Sinnvolle Berufsbezogenheit im Unterricht und Begegnung mit unserer Jugend während ihrer schulpraktischen Arbeit waren indessen wohl Hauptakzente und Zentrum des Jubiläumsjahres der Berufsschule für Verwaltung Bern.

Gisep Neuhäusler, 3012 Bern

Bernischer Gymnasiallehrerverein

Delegiertenversammlung und Jahresversammlung 1984

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Im Namen des Vorstandes lade ich Sie ein zur

Delegiertenversammlung 1984 auf Mittwoch, den 31. Oktober 1984, 9.30 Uhr, in der Aula des Freien Gymnasiums, Beaulieustrasse 55, Bern

Traktanden

1. Begrüssung, Konstituierung, Mitteilungen
2. Protokoll der DV 1983
3. Mutationen, Wahlen
4. Jahresrechnung 1983/84, Budget 1984/85
5. Tätigkeitsbericht 1984
6. Tätigkeitsprogramm 1985
7. Informationen über aktuelle bildungspolitische Fragen (MAV Revision, Gesamtkonzeption Bildungsgesetzgebung, Motion Kuffer)
8. Varia

* * *

Jahresversammlung 1984

Mittwoch, den 31. Oktober 1984, 14.30 Uhr, in der Aula des Freien Gymnasiums, Beaulieustrasse 55, Bern

Erwachsenenbildung heute

Personalschulung in Wirtschaft und Verwaltung. – Impulse für unsere allgemeine und berufliche Fortbildung? (Orientierung – Thesen – Diskussion)

Referenten

Herr Silvano Marini, Prokurist, Leiter des Ausbildungszentrums des Schweizerischen Bankvereins

Herr Dr. rer. pol. Ulrich von Fellenberg, Chef der Sektion Personalschulung der Bundesverwaltung

Herr Dr. phil. Ernst Schmid, Chemiker, Personalchef der Wander AG

Begrüssung und Leitung der Diskussion: Der Präsident des BGV

13.15 bis 14.15 Uhr finden *Fachschaftsversammlungen* statt, die sich mit der Teilrevision der Eidgenössischen Maturitäts-Anerkennungs-Verordnung und andern Fragen befassen. Betreffend Voranmeldung siehe unten, PS 3. Zuweisung der Zimmer vor der Aula.

Der Präsident des BGV
Dr. Arthur Reber

PS:

1. Die *Delegiertenversammlung* des BGV ist laut Artikel 3.3.4 unserer Statuten für Vereinsmitglieder öffentlich.
2. Ab etwa 11 Uhr *Apéro* in der Mensa des Freien Gymnasiums oder *Führung* durch das Haus, 12 bis 13 Uhr *Mittagessen.*
3. Betreffend die – aus organisatorischen Gründen notwendige – *Voranmeldung* für Fachschaftsversammlungen, Führung durch das Freie Gymnasium und Mittagsverpflegung liegen im Lehrerzimmer eines jeden Gymnasiums Anmeldebogen auf. Frist für die Voranmeldung: Donnerstag, den 25. Oktober 1984, 12 Uhr.
4. Das Freie Gymnasium ist ab Hauptbahnhof Bern mit Bus Nr. 11 erreichbar (Brückfeld). Parkierungsmöglichkeit: Autobahnausfahrt Bern Neufeld (Park and Ride, 5 Minuten zu Fuss).

Auch Lehrer spielen gerne

Einladung zum BLTV-Spieltag 1984
Sonntag, 11. November 1984, ganzer Tag

Ort: Münsingen, Turnhallen Schlossmatt und Rebacker

Mannschaften: Damen, Herren, Mixed

Spiele: Vormittag: für alle Volleyball. Nachmittag: Damen und Mixed Unihoc; Herren Bänklifussball.

Reglement: Eine Mannschaft besteht aus sechs bis neun Personen. Jede Mannschaft bestreitet beide Spiele. Gemischte Mannschaften spielen mit mindestens der Hälfte Damen.

Kosten: Zur Deckung der Unkosten für Volleyballschiris und Hallenmieten müssen pro Mannschaft Fr. 35.– verlangt werden. Bitte diesen Betrag vor dem Spieltag auf das angegebene PC einzahlen.

Anmeldungen bitte bis 31. Oktober an:

LTV Münsingen, Jörg Iseli, Sonnhalde 35, 3110 Münsingen, PC 34-19134-4.

Freie Lehrerorganisationen sind willkommen!

Für den LTV Münsingen: *Jörg Iseli*

Zum Gedenken

Ruth Brantschen-Zurbrügg, Burgdorf (1934–1984)

Die Primarschule Burgdorf hat einen schweren Verlust erlitten. Mitten aus ihrer Tätigkeit gerissen wurde Ruth Brantschen am 30. August durch eine schwere Krankheit. Und am 15. September hat uns unsere engagierte und vorbildliche Kollegin für immer verlassen.
Bei allem was sie tat und sagte, war sie mit vollem Einsatz dabei. Ruth war mitreissend und initiativ, sie setzte ihre Kräfte generös ein.

Ruth Brantschen-Zurbrügg wurde am 4. Juli 1934 *in Scharnachtal geboren*. Zusammen mit fünf Geschwistern erlebte sie eine schöne, zuweilen harte Jugendzeit. Auch nach ihrem Übertritt in die *Sekundarschule Frutigen* musste sie sich die Zeit für ihre Schulaufgaben richtiggehend zusammenstehlen. Oft arbeitete sie auf dem Feld und trug die Schulbücher in der Tasche bei sich.
Ihre *Seminarzeit* erlebte Ruth Brantschen *in Thun*. Nach der Patentierung unterrichtete sie einige Zeit *an den Primarschulen von Nessental und Baggwil*. Im Lehrerturnverein Aarberg lernte sie Walter Brantschen, ihren späteren Ehemann, kennen. Nach ihrer Verheiratung lebte Ruth Brantschen ab 1957 in Kallnach.

Im Jahre 1962 zog die Familie nach *Burgdorf*. Ruth schenkte drei Kindern das Leben. Nach und nach wuchs in ihr das Bedürfnis, wieder in der Schulstube tätig zu sein. Die Zeit des akuten Lehrermangels machte sie zu einer gefragten und geschätzten Stellvertreterin. Seit 1973 unterrichtete Ruth am 3./4. Schuljahr an einer halben Stelle im Schlossmattschulhaus.

Ruth widmete sich ihren Schülern mit grossem Engagement, sie verstand es, viele Kinder zu motivieren und es gelang ihr, Selbstvertrauen zu schaffen. Es war ihr immer ein Anliegen, dass in der Schulstube mit Freude gearbeitet werden konnte.

Nicht nur mit dem Stoff setzte sie sich immer wieder neu auseinander, sondern auch mit jedem einzelnen Kind. Dieses Versuchen, jedem gerecht werden zu können, brachte es auch mit sich, dass Ruth stets wieder auf neue Wege aufbrach. So bildete sie sich zur *Legastheniethera-peutin* aus und war *Hauptinitiantin des Theaterausschusses* unserer Primarschule.

Ruth Brantschen suchte nicht Augenblickserfolge, sie strebte solide schulische Grundlagen an. Ihre Erfahrungen lehrten sie, dass Schule nie abgesonderter Selbstzweck sein darf. Daher fand Ruths Einsatz nicht nur im Klassenzimmer statt. Sehr viel Zeit investierte sie für Elterngespräche, aber auch für Probleme und Anliegen ihrer Kolleginnen hatte sie immer Zeit und nahm aufrichtig Anteil.

Seit 1982 wirkte Ruth Brantschen zudem als Hausvorstand im Schlossmattschulhaus. Auch hier beeindruckte sie mit ihrem totalen Einsatz und mit ihrer Fähigkeit zur Zusammenarbeit. An den Schulkommissionssitzungen liess sie die «Geschäfte» nicht über sich ergehen, sondern setzte sich mit den alltäglichen Schulsorgen und -problemen auseinander.

Ruth Brantschens Art war geprägt von *Offenheit und Ehrlichkeit*, sie liess sich betroffen machen und machte ihrerseits betroffen, wir alle schätzten ihre Gesprächsbereitschaft und die Klarheit ihrer Sprache.

Ruth hinterlässt eine schmerzliche Lücke, wir vermissen sie sehr. Was sie für uns alle getan hat, wird unvergessen bleiben.

Robert Stettler, 3400 Burgdorf

Zum Gedenken

Hans Huber-Schürch, Tännlenen (1906–1984)

Aus dem Altersheim Seegarten in Hünibach, wo er mit Gattin seit letztem Mai weilte, musste alt Lehrer Hans Huber-Schürch ins Spital Thun eingewiesen werden. Bald darauf verschied er dort. Im engsten Familienkreis wurde die Urne auf dem Friedhof Heiligenschwendi beigesetzt.

Hans Huber wurde 1906 als drittes Kind eines Postboten in Thun geboren. Die Familie zog dann nach Meiringen, wo Hans die Primar- und Sekundarschule besuchte. 1922 trat er mit der *87. Promotion* ins *Seminar Hofwil-Bern* ein. Kurz nach der Patentierung fand er an der Gesamtschule Leber in der Gemeinde *Eggiwil* die erste Stelle. Mit Elan machte er sich an die schwere Aufgabe, zählte doch die Klasse 58 Buben und Mädchen vom 1. bis 9. Schuljahr. Der Jahreslohn betrug 3350 Franken. 1928 erfolgte die Wahl an die Oberklasse in *Tännlenen bei Schwarzenburg*. Hier wirkte er bis zur Pensionierung. 1930 vermählte er sich mit der Kollegin Marie Schürch. Sie zog vom Pfaffenmoos ebenfalls nach Tännlenen und übernahm die Unterschule. Im Laufe der Zeit bereiteten zwei Söhne und eine Tochter Elternfreuden. Neben der Schularbeit

wirkte Hans Huber als Instruktor der Feuerwehr, als Leiter von Jungschützenkursen, Chordirigent und Gemeinderat. Besonders setzte er sich ein als Gratis-Skionkel im Schweizerischen Skiverband. Am abgelegenen Wohnsitz schätzte er das Auto als bequemes Verkehrsmittel. Er entschloss sich sogar zur Ausbildung als Fahrlehrer und präsidierte auch den kantonalen Fahrlehrer-Verband. Ein Hüftleiden mit Gehbehinderung führte dann zur vorzeitigen Pensionierung und Aufgabe der vielseitigen Tätigkeit. Zwölf Jahre des beschwerlichen Lebensabends durfte er noch mit der Gattin in *Sigriswil* verbringen. Hier wirkte er als Kassier des Vereins für das Alter des Amtes Thun. Nach einem letzten chirurgischen Eingriff nahm die Lebenskraft rasch ab. Das reich erfüllte Leben fand einen erlösenden Abschluss.

Gottfried Abegglen, 3856 Brienzwiler

Noch Plätze frei

Bitte Einzelheiten unter der entsprechenden Nummer im Programmheft LFB nachlesen.

Anmeldungen an das Kurssekretariat BLV, Postfach 3029, 3000 Bern 7

Ein Schüler wird straffällig! – was nun und wie weiter? (19.1.26)

Eine für den betroffenen Schüler, für den Lehrer, für die Klasse belastende Situation! Wie wichtig darum, dass der Lehrer Abläufe des Verfahrens kennt und sich angemessen verhält. Jugendgerichtspräsident Dr. Robert Hänni gibt Auskunft und Hinweise.

Land- und Stadtschulwochen – eine wertvolle Unterrichtsform mit Tücken (19.3.40)

Lern- und Erlebniswochen, die Glanzpunkte eines Schuljahres sein können! Der Kurs will helfen, die Planung und Durchführung für den Lehrer bewältigbarer machen – durch Anregungen und Hinweise, durch Erfahrungsaustausch.

Mit Schülern einen Betrieb erkunden (19.5.31)

Betriebsbesichtigungen können wichtiger Teil des wirtschaftskundlichen Unterrichts sein, insbesondere aber auch Ausgangspunkt der Berufswahlvorbereitung! Das Detailprogramm dieser Pilotveranstaltung ist bei der Anmeldestelle erhältlich.

Kurssekretariat BLV

Vielfältige Welt

Vortragsprogramm 1984/85 der Geographischen Gesellschaft Bern

30. 10. 1984 *Das Stierfest in den Mandarabergen – Eine Feldforschung bei den Zulgo und Gemjek Nordkameruns* (Frau Dr. Ch. von Graffenried, Bern)

6. 11. 1984 *Venedig – Lübeck – Amsterdam, die historische Seestadt im Wandel der Zeiten* (Prof. Dr. H. Achenbach, Universität Kiel)

20. 11. 1984 *Albanien – Reise in ein unbekanntes Land Europas* (Prof. Dr. C. Lienau, Universität Münster)

4. 12. 1984 *Kapverdische Inseln – Ökologie und Ökonomie* (Dr. A. Bisaz, Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe [DEH], Bern)

11. 12. 1984 *Kulturgeschichte entlang dem Karakorum-Highway* (Dr. W. Raunig, Museum für Völkerkunde, München)

15. 1. 1985 *Das Okavango-Delta in Botswana – ökologische Auswirkungen eines aktiven Grabenbruches* (Frau Prof. Dr. H. Besler, Universität Stuttgart)

29. 1. 1985 *Die sozialistische Stadt – Moderne Stadtentwicklung in Osteuropa* (Prof. Dr. A. Karger, Universität Tübingen)

5. 2. 1985 *Mitteilungsabend der Geographischen Gesellschaft*

19. 2. 1985 *Wetter- und Klimabetrachtung aus dem Weltraum* (Dr. M. Winiger, Universität Bern)

5. 3. 1985 *Der mittlere Westen der USA – Zur Dynamik der Wirtschaftslandschaft am Beispiel Wisconsin* (Prof. Dr. K. Aerni, Universität Bern)

Alle Vorträge finden jeweils Dienstag im Grossen Hörsaal des Geographischen Institutes der Universität Bern, Hallerstrasse 12, statt. Beginn: 20.15 Uhr.

Informatik oder Schwyzerörgeli?

Nach den Herbstferien beginnen allerorten im Kanton Bern wieder die Volkshochschulkurse. Die Kursprogramme sind jetzt bei Drogerien und Apotheken, in Geschäften und Bibliotheken oder bei den regionalen VHS-Sekretariaten gratis erhältlich. Im Wintersemester 1984/85 werden im deutschsprachigen Kantonsteil in über 80 Ortschaften von rund 600 Referenten etwa 1200 VHS-Kurse angeboten. Da fehlt praktisch kein Wissensgebiet, das Erwachsene interessieren könnte.

Schlagworte – bei Lichte besehen

Jeder kennt sie, die Schlagworte: Education permanente, lifelong learning oder einfacher: lebenlanges Lernen. Dass jeder seiner Lebtag Neues hinzulernen muss, ist gewiss keine neue Erkenntnis. Sie ist aber noch selten so augenfällig geworden, wie gerade jetzt, bei der Elektronik-Revolution. Bereits die 30jährigen gehören – ausbildungsmässig – zum «alten Eisen». Hier liegt eine **wichtige Aufgabe für Volkshochschulen: Dem Erwachsenen jene Bildung nachzuliefern, die er in seiner Jugend versäumt oder gar nicht vorgefunden hat.** Die Berner Regierung schreibt: «Der Staat bekennt sich zum Grundsatz des lebenlangen Lernens und unterstützt Bildungsangebote, die nicht in einer Erstausbildung erworben wurden.» Die Volkshochschulen sind nicht nur politisch und konfessionell neutral, sie sind – dank der Förderung durch den Staat – auch wirtschaftlich unabhängig. Sie bieten ihre Kurse allen Bevölkerungskreisen an, auch auf dem Lande und nicht nur in der Stadt, zu günstigen Preisen.

Informatikausbildung an Volkshochschulen

Der *VHS-Informatik-Zertifikatskurs* existiert seit 1976. Er umfasst 120 bis 150 Lektionen, dauert drei Semester und schliesst mit einer (freiwilligen) Prüfung ab. Er richtet sich an Leute, die Computer anwenden, aber nicht unbedingt programmieren wollen. Seit 1983 gibt es zusätzlich einen *VHS-Informatik-Grundkurs* von 30 bis 45 Lektionen. Hier können sich Anfänger in die Grundzüge der BASIC-Programmierung einführen lassen. Diese beiden Kurse werden zudem durch einen *VHS-Informatik-Orientierungskurs* ergänzt, der die Teilnehmer in 6 bis 12 Lektionen über Anwendungen ins Bild setzt. Informatik-Kurse gibt es in diesem Wintersemester an folgende VHS: Bern, Biel, Frutigen, Meiringen, Huttwil, Interlaken, Langenthal, Lyss, Münsingen, Spiez, Zweisimmen, Schwarzenburg und Thun.

Ausbildungs-Eruption

Seit der Einführung der Personal-Computer auf dem Markt lässt sich eine regelrechte Ausbildungs-Eruption beobachten: Kursteilnehmer drängen zu Tausenden in alle verfügbaren Informatik-Kurse. Diese sind auf Monate hinaus ausgebucht, vor allem in den Städten. Es gehört zu den vornehmen Aufgaben der Volkshochschulen, Ausbildungsangebote in die Landschaft hinauszutragen. Die Voraussetzung sind derzeit im Kanton Bern günstig. Die Regierung hat die Kredite für die Beschaffung einheitlicher Informatik-Lehranlagen an Seminarien und Gymnasien freigegeben. Diesen Sommer sind in fast allen Regionen (Ausnahme: Interlaken) Lehranlagen installiert und der Lehrbetrieb aufgenommen worden. Wesentliche Teile des VHS-Informatik-Kursangebotes können künftig auf diesen Anlagen «gefahren» werden. Eine Lehranlage besteht aus einem Lehrer-Computer (mit Harddisk) und sechs bis acht Schüler-Computern, die von jeweils zwei Kursteilnehmern benützt werden.

Keine falschen Erwartungen

Die laute Werbung gewisser Informatikschulen weckt gelegentlich auch falsche Erwartungen bei den Teilnehmern. **Ein Informatik-Profi ist man nicht nach einem halb- oder ganzjährigen Abendkurs,** sondern erst nach mehrjährigen Lehrgängen an Berufs-, Mittel- oder Hochschulen sowie einiger Berufserfahrung. Der Nürnberger-Trichter ist auch in der Informatik-Ausbildung noch nicht erfunden worden. Leider. Seriöse Ausbildung ist eben durch nichts zu ersetzen.

Volkshochschule, 3012 Bern

Kunst am Helvetiaplatz

Mitteilungen der Berner Schulwarte

1. Beratungsstelle für das Schultheater / Schulspiel

Während des Monats November 1984 finden folgende Beratungsveranstaltungen statt:

7. November 1984
Schattenspiel * Liselotte Ackermann Saal 2. UG

14. November 1984
Allgemeine Beratung Ulrich Zwahlen Mediothek

21. November 1984
Weihnachtsspiel (U) * Anna Friedli Saal 2. UG

28. November 1984
Allgemeine Beratung Anna Friedli Mediothek

Die allgemeinen Beratungen für alle Schulstufen finden je am Mittwoch, von 14 bis 16 Uhr, statt.

* Bei diesen Veranstaltungen handelt es sich um themen- oder stufenspezifische Beratung mit einheitlichem Beginn und obligatorischer Voranmeldung, je Mittwoch, um 14 Uhr (Telefon 43 57 11).

2. Ausstellung: Simon Fuhrer, Werke 1934 bis 1984

Vom *22. Oktober bis am 10. November 1984* findet in den Räumen der Schulwarte eine Ausstellung über das Werk des Kunstmalers Simon Fuhrer statt.

Öffnungszeiten

Montag bis Freitag 10 bis 12 und 14 bis 17 Uhr
Samstag 14 bis 18 Uhr
Donnerstag zusätzlich 20 bis 22 Uhr

Literarischer Abend im Rahmen der Ausstellung

Donnerstag, 1. November 1984, 20 Uhr, im Vortragssaal:
Eva Fuhrer liest Gedichte und Prosa von Gertrud Fuhrer-Schneider. Musikalische Umrahmung mit Werken von Mozart und Bartók.

3. Meldung von Mutationen und Adressänderungen der Schulwartebenützer

Damit Fehlleitungen von Ausleihmaterial vermieden werden können, bitten wir unsere Benützer, Änderungen von Privatadressen und gewünschte Postzustelladressen für Ausleihmaterial sowie allfällige Schulhauswechsel zu melden.

Bitte Talon «Mutationsmeldung» aus dem Amtlichen Schulblatt benützen.

Berner Schulwarte

Im Zeichen des Jubiläums

Vereinigung ehemaliger Schüler des Staatsseminars Bern-Hofwil

Protokoll der Jahrestagung vom 12. November 1983, 15 Uhr, in der Aula des Seminars Bern

Vorsitz: Hans Schenk, Präsident

Anwesend: 112 Ehemalige

Der Präsident begrüsst die Anwesenden, unter ihnen die Seminardirektoren Dr. E. Grütter und Dr. H. Bühler, Samuel Brawand, Hans Tanner, Mitglied der Seminarkommission, Christian Jaberg, Redaktor «Berner Schulblatt», Paul Müller, Redaktor «Bund». Entschuldigt haben sich die Vertreter der ED, U. Kramer und M. Keller, ebenso M. Baumberger, Zentralsekretär BLV.

Hans Schenk erklärt in seiner Eröffnungsrede, dass zufolge der **Feier «150 Jahre staatliche Lehrerbildung»** das herkömmliche Datum der Tagung aufgegeben und der gewohnte Rahmen verlassen werden musste. Er weist hin auf die offizielle Feier vom 5. November 1983 in Münchenbuchsee, die Jubiläumsausstellung im Histo-

rischen Museum, die Konzerte der Seminare Bern und Hofwil sowie der Chorgemeinschaft Kirchdorf unter der Leitung von Kurt Knecht.

Eine Zusammenlegung der Tagung mit dem Festkonzert der Seminare drängte sich auf. Als notwendig erwies sich die Vorbestellung der Billette, mussten doch mehr als 200 Musikfreunde abgewiesen werden. Da bei einer weiteren Aufführung, bestimmt für Schüler und deren Angehörige, ebenfalls ungefähr 300 Interessenten nicht berücksichtigt werden konnten, wird eine weitere Aufführung erwogen. Der Vorstand erklärt sich bereit, einen Teil der Mehrkosten zu übernehmen.

Das **Protokoll der Tagung vom 27. Dezember 1982,** veröffentlicht am 18. Oktober 1982 im «Berner Schulblatt», wird ohne Gegenstimme genehmigt. Der Präsident dankt dem Redaktor des Schulblattes für die Bereitschaft, unser Protokoll im offiziellen Organ der bernischen Lehrerschaft erscheinen zu lassen.

In seinem **Jahresbericht** weist Hans Schenk darauf hin, dass das Vereinsjahr neu am 1. Juli beginnt. Somit kann der Tagung jeweils die abgeschlossene und revidierte Jahresrechnung vorgelegt werden.

Die Arbeit des Vorstandes konzentrierte sich insbesondere auf die Beiträge unserer Vereinigung zur 150-Jahr-Feier: Patronat über drei *Konzertaufführungen der Chorgemeinschaft Kirchdorf* in Kirchdorf, Rapperswil und Meiringen und *Herausgabe von drei graphischen Blättern* von E. Fivian, P. Salvisberg und W. Waber in einer Auflage von 200 Exemplaren. Auf die Herausgabe einer Anthologie musste aus Kosten- und Zeitgründen vorläufig verzichtet werden. Der Präsident dankt im besonderen E. Eggimann, W. Simon und H. Juker für ihre wertvolle Mitarbeit.

Das Wandbild von Fred Stauffer in Hofwil war Gegenstand zahlreicher Unterredungen, unter anderem mit der Projektleitung des kantonalen Hochbauamtes. Es ist unbestritten, dass kulturelle Werke in Abhängigkeit einer Zeit beurteilt werden und es so etwas wie einen zeitbedingten Kunstgeschmack gibt. Deshalb sollte, wenn irgend möglich, von der Zerstörung eines Kunstwerkes abgesehen werden, auch wenn dieses Werk in seinem Wert umstritten ist. Die Erhaltung erfordert indessen auch ihren Preis, seien es schulische Nachteile und/oder zusätzliche Kosten.

Herr Regierungsrat Bürki, Baudirektor des Kantons Bern, hat sich persönlich mit der Problematik der Erhaltung beschäftigt. Nach Prüfung verschiedener Lösungen wird entschieden, *das Wandbild sichtbar zu erhalten.* Eine entsprechende Zusicherung des Regierungsrates liegt vor.

Der ungehinderte Zugang zur Universität Bern für Primarlehrer mit fünfjähriger Ausbildung soll *ab 1985* ermöglicht werden. Von 1984 an wird die Zulassungsprüfung bereits stark reduziert und auf drei Fächer begrenzt. Der Präsident der 82. Promotion, E. Grütter, bezweifelt die Realisierung und ersucht um Auskunft über die Lage in den Kantonen Freiburg und Zürich. Der Präsident Hans Schenk verweist auf die verschiedenen Zusicherungen und bekundet das *Vertrauen des Vorstandes in die Äusserungen des Regierungsrates und der ED.*

Die Gründungsversammlung des *Dachverbandes ehemaliger Schüler der bernischen Seminare* steht bevor. Ein Statutenentwurf ist bereits ausgearbeitet worden.

Die Vereinsrechnung 1982/83 kann infolge Änderung des Beginns des Rechnungsjahres bloss als Teilabschluss präsentiert werden. Besondere Ausgaben: Jahrestagung 1982 und Druck der Vereinsstatuten. Dank dem einmaligen doppelten Jahresbeitrag konnten die Jubiläumsausgaben in vollem Umfange finanziert werden. Die Mehrausgaben von 6226 Franken beruhen denn zur Gänze auf dem noch ausstehenden Einzug der Mitgliederbeiträge für das laufende Vereinsjahr und erklären die Vermögensverminderung von Fr. 4770.90. Das Vereinsvermögen beträgt somit neu Fr. 81 129.80.

Ausstehende Mitgliederbeiträge von mehr als 12000 Franken und die Tatsache, dass der beschlossene doppelte Jahresbeitrag zugunsten der 150-Jahrfeier von einzelnen Promotionen nicht entrichtet worden ist, geben zu längeren Diskussionen Anlass. *Die 98. Promotion stellt in der Folge den Antrag, die Genehmigung der Rechnung einer ausserordentlichen Tagung zu überlassen.*

Der Präsident teilt die Bedenken, wendet aber ein, dass die Beschaffung der Geldmittel schwierig sei, da der Beitritt promotionsweise erfolge und daher einzelne Promotionen ihre Mitglieder nur zum Teil kennten. Die ausstehenden Beiträge seien also bloss auf dem Papier ermittelt und somit zum Teil irreführend, da sie auf einem fiktiven Mitgliederbestand basierten. Die fehlenden Beiträge müssten vermutlich abgeschrieben werden. Er schlägt die Genehmigung der Rechnung vor und weist auf die neuen Statuten hin, welche Möglichkeiten bieten, säumige Mitglieder auszuschliessen.

Die 98. Promotion erklärt sich mit dem Vorgehen einverstanden. *Ihr Antrag wird verworfen und die Rechnung einstimmig genehmigt.*

Kurt Knecht scheidet aus dem Vorstand aus und wird auf Vorschlag der 112. Promotion durch *Harald Schrag* ersetzt. Der Präsident heisst ihn als Vorstandsmitglied willkommen, dankt Kurt Knecht für die geleistete Arbeit und wünscht ihm für die Zukunft viel Erfolg und persönliches Wohlergehen.

F. Hermann gedenkt mit besinnlichen Worten der 26 verstorbenen Vereinsmitglieder. Die Anwesenden erheben sich zu ihren Ehren.

Die 143. Promotion, die erste mit einer fünf Jahre dauernden Ausbildung, vertreten durch Fräulein Karin Wolf, wird mit Applaus aufgenommen.

Der Präsident: *H. Schenk*

Der Protokollführer: *H. R. Weibel*

Sammlung unter der Schuljugend zugunsten der Hohlen Gasse

Wie bereits im Berner Schulblatt Nr. 20 auf Seite 321 angekündigt, kann nun folgendes Konto zum Einzahlen der Beiträge verwendet werden:

30-406
Kantonsbuchhalterei
Bern

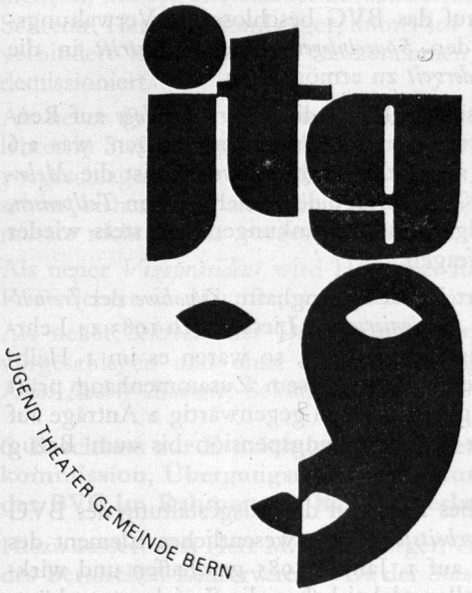
mit dem Vermerk auf der Rückseite:

zugunsten Konto Nr. 2.7.2002.1
Erziehungsdirektion des Kantons Bern
Sammlung der Schuljugend zugunsten der Hohlen Gasse

Einzahlungsscheine können auch bei folgenden Adressen bezogen werden:

- Erziehungsdirektion, Abteilung Unterricht
  Sulgeneckstrasse 70
  3005 Bern
  Telefon 031 46 85 11
- Sekretariat des Bernischen Lehrervereins
  Brunngasse 16
  3011 Bern
  Telefon 031 22 34 16

jtg – damals und heute



Die Jugend-Theater-Gemeinde Bern, ein junger Verein mit einer alten Tradition, stellt sich vor

*

Wir suchen theaterbegeisterte Lehrerinnen und Lehrer aller Stufen, die am engen Kontakt mit Jugend und Theater interessiert sind, und die auch Freude haben am Organisieren von Theateranlässen. Interessenten melden sich bitte mit untenstehendem Talon an.

Damals

Herbst 1940: Gründung JTG

«In der Erkenntnis, dass bei der reiferen Jugend, wo sich in der geistigen und psychischen Entwicklung in verhältnismässig kurzer Zeit Entscheidendes abspielt, die Erziehung zum guten Theater frühzeitig einsetzen sollte» – so, rührend steif, die «Festschrift» von 1948 –, wurde im Herbst 1940 die Jugend-Theatergemeinde (JTG) gegründet. «Wir wollen mit der neuen Organisation die Jugend weder von ihren beruflichen Pflichten noch von der Schule ablenken; wir wollen sie auch nicht der Familie entziehen oder in einer gesunden sportlichen Betätigung beeinträchtigen. Aber wir wollen sie begeistern für alles Hohe und Gute; wir wollen ihr zum Bewusstsein bringen, dass letzte Entscheidungen immer im Bereiche des Geistes fallen.» Solch hehre Vorsätze führten, gepaart mit verlockenden Vergünstigungen und einem anmächeligen Rahmenprogramm, die noch junge JTG in den ersten Kriegsjahren schon zum durchschlagenden Erfolg. Das Rezept bewährte sich. Mitten im Weltkrieg wurde ein erster Mitgliederrekord von 2700 verzeichnet.

Frühe JTG-Aktivitäten

Von JTG-Sondervorstellungen, meist an Samstagnachmittagen, und Werkstattgesprächen, von Vortragszyklen und – natürlich vom um 50% verbilligten Eintritt zu allen Aufführungen des Stadttheaters war die JTG von ihrer Gründung weg geprägt. Das alles zusammen machte sie attraktiv.

Heute

Die Jugendtheatergemeinde – kurz und bündig

- Die JTG, eine Sektion des Berner Theatervereins, will das Interesse der Jungen für das Theater wecken und fördern.
- Sie steht allen Jugendlichen zwischen 15 und 21 Jahren, in der Ausbildung stehenden bis zum 25. Altersjahr offen.
- Sie veranstaltet Werkeinführungen, Podiumsgespräche und Diskussionen.
- Das jüngste Opus: ein eigenes Hörspiel.
- Sie organisiert Theaterreisen in andere Schweizer Städte.
- Ihre Mitglieder geniessen eine Vielzahl finanzieller Vorteile: 50% Ermässigung im Stadttheater, 40 bis 50% im Ateliertheater, 20 bis 50% bei den Kleintheatern, der Bernischen Musikgesellschaft, der Berner Filmgilde.
- Die Mitgliedschaft berechtigt zudem zu den gleichen Vergünstigungen in andern Schweizer Städten.
- Der bescheidene Mitgliederbeitrag von Fr. 10.– pro Saison enthält dazu Fr. 4.– in Form von Gutscheinen, die an den Theaterkassen eingelöst werden können.

Die vielen Vergünstigungen machen ein Mehrfaches des bescheidenen Jahresbeitrages von Fr. 10.– für die JTG aus. Eine Mitgliedschaft lohnt sich in jedem Fall!

Für weitere Auskunft steht Ihnen gerne zur Verfügung:

Berner Theaterverein
R. Morgenegg, Sekretariat
Hirschengraben 8, 3011 Bern

Talon abtrennen und einsenden an:

Matthias Frey, Präsident der JTG Bern, Länggassstrasse 4a, 3001 Bern

.....

Ich bin an einem engeren Kontakt mit der JTG Bern interessiert!

Name _____

Vorname _____

Adresse _____

Wohnort (PLZ) _____

Telefon _____

evtl. Schule _____

Unterschrift _____

Bernische Lehrerversicherungskasse

Bezirksversammlung der Sektion Bern-Land

Mittwoch, den 31. Oktober 1984, 14 Uhr im Restaurant Kappelenbrücke, Hinterkappelen (Gemeinde Wohlen)

Traktanden

1. Orientierung durch den bisherigen Präsidenten
2. Wahl des Bezirksvorstandes
3. Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Zu dieser wichtigen Wahlversammlung werden alle Sektionsmitglieder unserer Kasse freundlich eingeladen (Artikel 60 und 61 der Statuten).

i. A. der Bezirksvorsteher a. D.
Siegfried Krenger

Bernische Lehrerversicherungskasse

Protokoll
der 84. ordentlichen Delegiertenversammlung

Mittwoch, den 20. Juni 1984, 9.30 Uhr, im Grossratssaal in Bern

Vorsitz:	Präsident Siegfried Krenger
Protokoll:	Tagessekretär Robert Haslauer
Anwesend:	86 Delegierte 7 Mitglieder der Verwaltungskommission 2 Mitglieder der Prüfungskommission 3 Mitglieder der Rekurskommission der Vorsteher Hans-Peter Sieber
Stimmenzähler:	Robert Bandi, Hans Herren, Sylvia Dumont-Rawyler
Übersetzer:	Simultanübersetzung durch Herrn Dr. H. Böschenstein

Verhandlungen

1. Eröffnung durch den Präsidenten

Der Präsident, Herr Siegfried Krenger, begrüsst die Anwesenden, besonders die Mitglieder der Kommissionen, den Vorsteher unserer Kasse, Herrn Hans-Peter Sieber, und die Gäste. Bei der Anwesenheit von 86 von 108 Delegierten stellt er Beschlussfähigkeit fest und gibt die Entschuldigungen bekannt. Sodann werden die Stimmenzähler gewählt.

2. Wahl eines Tagessekretärs

Der Präsident verliest die Demission und Entschuldigung des Sekretärs, Herrn Eduard Baumberger, und schlägt Herrn Robert Haslauer als Tagessekretär vor. Dieser wird ohne Gegenstimme gewählt.

3. Protokoll

Das Protokoll der Delegiertenversammlung vom 22. Juni 1983 wird genehmigt.

4. Jahresbericht und Jahresrechnungen

Der Vorsteher unserer Kasse, Herr H. P. Sieber, kommentiert: das *Deckungskapital* stieg um rund 55 Mio. Franken auf 1461 Mio. Franken, was auf die Zunahme des Mitgliederbestandes und Lohnerhöhungen infolge von Dienstalterszulagen zurückzuführen ist. Der *Fehlbetrag* ist um 224 Mio. Franken auf 655 Mio. Franken angestiegen, was einen *Deckungsgrad* von 55,2 % ergibt. Langfristig sollte ein Deckungsgrad von 80 % angestrebt werden.

Die Möglichkeiten des neuen Reglements für *Wohnbaudarlehen* werden rege benützt: seit November 1983 ist eine Darlehenssumme von über 1 Mio. Franken bewilligt worden.

Im Hinblick auf das BVG beschloss die Verwaltungskommission, den *Spareinlegern* einen *Übertritt* in die *Versicherung jederzeit* zu ermöglichen.

Erstmals musste die Kasse die *Teuerungszulage* auf Renten Pensionierter oder Hinterbliebener tragen, was 2,6 Mio. Franken ausmachte. Sehr aufwendig ist die *Mehrarbeit* für die Kasse infolge der zunehmenden *Teilpensen*, der daraus folgenden Schwankungen und stets wieder nötigen Nachfragen.

Bemerkenswert ist die sprunghafte *Zunahme* der *freiwilligen vorzeitigen Pensionierungen*. Liessen sich 1983 24 Lehrkräfte vorzeitig pensionieren, so waren es im 1. Halbjahr 1984 bereits 38. In diesem Zusammenhang prüft die Verwaltungskommission gegenwärtig 2 Anträge auf Erhöhung der Überbrückungspension bis zum Bezug der AHV.

Ein bedenkliches Licht auf die Ausgestaltung des BVG wirft der *Sicherheitsfonds*. Als wesentliches Element des BVG hätte er auf 1. Januar 1985 geschaffen und wirksam werden sollen, dabei haben die Sozialpartner kürzlich erst Verhandlungen darüber ergebnislos abgebrochen.

Ändert das BVG für die meisten Mitglieder überhaupt nichts, so bringt es für die Kasse eine Unmenge *administrativer Probleme* und zusätzlichen Arbeitsaufwand, welche *jährliche Mehrkosten* von rund 0,2 Mio. Franken verursachen dürften. Man hofft, mit Hilfe der neuen EDV-Anlage den gesteigerten Erfordernissen Herr zu werden.

Zum Schluss dankt der Vorsteher seinem Personal und den Kommissionen für ihre Mitarbeit.

Der Präsident gibt nach diesen Ausführungen Gelegenheit, sich zum vorliegenden Jahresbericht und zur Jahresrechnung zu äussern. Da zu keinem Punkt eine Diskussion verlangt wird, erfolgt die Genehmigung einstimmig unter Verdankung an Vorsteher, Personal und Kommissionen.

Ehrend wird der Verstorbenen gedacht.

5. Wahlen
für die Amtszeit vom 1. 7. 1984 bis 30. 6. 1989

a) *Verwaltungskommission:* Da keine Demission vorliegt, werden alle sechs Vertreter der Mitglieder der Bernischen Lehrerversicherungskasse einstimmig wiedergewählt.

b) *Prüfungskommission:* Die beiden bisherigen Vertreter der Mitglieder der Bernischen Lehrerversicherungskasse, Herr J. J. Gobat und Herr H. Herren, werden einstimmig wieder gewählt. Für den demissionierenden

Herrn Dr. P. Mäder wird Herr Dr. *Federico Hackh*, Mathematiker und Handelslehrer in Bern, vorgeschlagen und ohne Gegenstimme gewählt.

c) *Rekurskommission:* Die bisherigen Vertreter, Herr A. Bussard, Herr F. Hug und Herr H. Baumgartner, werden einstimmig wieder gewählt. Für den zurücktretenden Herrn J. Schuhmacher stellt sich der bisherige Ersatzmann, Herr *Frédy Dubois*, Progymnasiallehrer aus La Neuveville, zur Verfügung; als neues Ersatzmitglied wird Herr *Heinz Ruef*, Gewerbelehrer in Burgdorf, wohnhaft in Heimiswil, vorgeschlagen. Beide werden einstimmig gewählt.

d) *Büro der Delegiertenversammlung:* Sowohl der Präsident, Herr S. Krenger, wie der Vizepräsident, Herr R. Clémençon, müssen altershalber zurücktreten, während der Sekretär, Herr E. Baumberger, immer im Juni beruflich verhindert ist, an der DV teilzunehmen und deshalb demissioniert.

Als neuer *Präsident* wird Herr *Hans Minder*, Sekundarlehrer in Steffisburg, wohnhaft in Aeschlen ob Gunten, vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Er hatte sich schon bisher sehr aktiv mit der Kasse befasst und musste nicht weiter vorgestellt werden.

Als neuer *Vizepräsident* wird Herr *Jean-Rodolphe Stucki*, Primarlehrer in Moutier, vorgeschlagen und gewählt.

Als neuer *Sekretär* der Delegiertenversammlung wird vorgeschlagen und ohne Gegenstimme gewählt Herr *Hans-Rudolf Marmet*, Sekundarlehrer in Spiez.

6. Beschluss zur Ermächtigung der Verwaltungskommission, Übergangsregelungen zum Vollzug des BVG im Rahmen der Kasse zu erlassen

Hiezu äussert sich Herr M. Baumberger, Zentralsekretär des Bernischen Lehrervereins. Da der Staat die Leistungen der Kasse garantiert, müssen Statutenänderungen diesem zur Genehmigung unterbreitet werden.

Mit dem auf 1. Januar 1985 in Kraft tretenden Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) ist nun übergeordnetes Recht entstanden, dem sowohl kantonales Recht wie auch die Regelungen unserer Kasse angepasst werden müssen.

Die entstehenden technischen Schwierigkeiten hofft man mit der neuen EDV-Anlage zu meistern. *Terminschwierigkeiten* entstehen dadurch, dass der Bund wichtige Bestimmungen sehr spät veröffentlicht, was Anpassungen in einem gründlichen, ordentlichen Verfahren verunmöglicht. Zudem sind zusätzliche Beschlüsse zu erwarten, so dass es klug wäre, mit der ordentlichen Neuregelung bis gegen Ende der fünfjährigen Übergangsfrist zu warten. In der Zwischenzeit sollte aber die *Verwaltungskommission* die *Kompetenz* haben, die notwendigen Übergangsregelungen zu erlassen.

In *rechtlicher Hinsicht* schlägt die Verwaltungskommission (VK) vor, unsere Kasse weiterzuführen und dort auszubauen, wo dies das Bundesrecht erfordert, im übrigen aber das BVG im Rahmen der BLVK zu vollziehen. Besitzstand und erworbene Rechte sind zu wahren.

Zur Verwirklichung dieses *Grundsatzentscheides* ist der *Entwurf* vom 23. Mai 1984 für eine *Übergangsregelung* zum Vollzug des BVG ausgearbeitet worden, der in den Grundzügen an denjenigen der Versicherungskasse der bernischen Staatsverwaltung angelehnt ist. Der Text muss noch überarbeitet werden, zeigt aber, in welcher Art die Lösung der Probleme vorgesehen ist. Dazu braucht aber die Verwaltungskommission die *Zustimmung* und *Ermächtigung* der Delegiertenversammlung sowie des Parlaments. Von besonderer Bedeutung ist die Neuversicherung der Stellvertreter, die Verlängerung des Versicherungsschutzes, eine neue Einkaufsregelung, der Anspruch der geschiedenen Frau sowie die Neuregelung der Rekursmöglichkeiten. Finanziell werden wir zusätzlich jährlich mit einem Mehraufwand von rund 1 Mio. Franken als Zahlung an den neu zu schaffenden Sicherheitsfonds zu rechnen haben.

Nach diesen Ausführungen kommt es ohne Diskussion zur *Abstimmung* über den *Antrag der Verwaltungskommission*. Dieser lautet:

1. Die Verwaltungskommission wird im Sinne von Artikel 66 der Statuten ermächtigt, Übergangsregelungen zur Einführung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) zu erlassen.
2. Die Verwaltungskommission wird beauftragt, in der vom BVG vorgesehenen Übergangszeit die nötigen Statutenänderungen auszuarbeiten und samt allfälliger weiterer Revisionen der Delegiertenversammlung zu unterbreiten.
3. Der Besitzstand und die wohlerworbenen Rechte der bisherigen Mitglieder sind zu wahren.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

7. Beschluss über den Abänderungsantrag von Herrn Ernst Weber, Sekundarlehrer Muri, zur Verwirklichung des Postulats Pfister betreffend Beginn des Rentenanspruchs

Der Antrag lautet: «Der Zusatzantrag zu Artikel 25, Absatz 5 der Statuten BLVK ist neu wie folgt zu fassen:

Der Anspruch auf eine Altersrente entsteht für Männer drei Monate vor Vollendung des 65. Altersjahres, für Frauen drei Monate vor Vollendung des 63. Altersjahres, wobei der Rücktritt nur auf Ende eines Schulsemesters erfolgen kann.»

Herr A. Pfister, alt Grossrat, berichtet über die nun fünfjährige Geschichte dieser Angelegenheit. Bereits im Juni 1979 hatte die Delegiertenversammlung einen Zusatzantrag in diesem Sinne zu Handen des Regierungsrates verabschiedet. Dieser lehnte ab, teils aus finanziellen, teils aus juristischen Gründen. Darauf brachte Grossrat Pfister am 19. Mai 1981 ein Postulat ein, das an den Regierungsrat überwiesen wurde, doch seither ist die Sache hängig. Herr Pfister widerlegt die finanziellen Einwände. Herr H. Minder hat Pensionskassen verglichen: Im Vergleich mit der Eidgenössischen Versicherungskasse leben Lehrer wie Lehrerinnen weniger lang als Beamte, bezahlen aber im Durchschnitt sechs Jahre länger Beiträge. Zudem können sich Versicherte der Eidgenössischen Versicherungskasse ein Jahr früher als wir Lehrer pensionieren lassen. Das Gesetz kennt keine untere Pensionsgrenze, Änderungen werden aus finanziellen Gründen vom Regierungsrat abgeblockt. Sieben Kantone kennen aber bereits eine Regelung im angestrebten Sinn. Die *Abstimmung* ergibt einstimmige Zustimmung zum Abänderungsantrag. Damit erhält die Verwaltung den Auftrag, sich um die Genehmigung des Zusatzes durch den Regierungsrat zu bemühen und die Durchführung anzustreben.

8. Allfälliges

Da sich unter diesem Traktandum niemand zum Wort meldet, gibt Herr S. Krenger das Datum der nächstjäh-

rigen Delegiertenversammlung, nämlich Mittwoch, den 19. Juni 1985, bekannt.

Der frisch gewählte Präsident, Herr Hans Minder, dankt dem abtretenden Präsidenten und Herrn Robert Clémençon sowie allen Chargierten für ihren Einsatz zugunsten unserer Kasse und erntet Applaus.

Herr S. Krenger verdankt die ehrenden Worte und mahnt, Sorge zu tragen zur sozialen Leistung unserer Altvordern, welche den Aufbau unserer Kasse ermöglicht hat. Unter nochmaligem Dank an den Vorsteher und dessen Mitarbeiter schliesst er die Sitzung um 11.05 Uhr.

Namens der Delegiertenversammlung
der Bernischen Lehrerversicherungskasse
Der Präsident: *S. Krenger*
Der Tagessekretär: *R. Haslauer*

Rheuma – medizinische und soziale Aspekte

Tagung am Dienstag, dem 6. November 1984, im Kongress- und Kursaal, Bern, veranstaltet von der Kantonalen Kommission für Gemeinnützigkeit, in Zusammenarbeit mit der Ökonomischen und gemeinnützigen Gesellschaft des Kantons Bern und der Bernischen Rheumaliga

Programm

10 bis 12 Uhr

Begrüssung

durch den Präsidenten der Kantonalen Kommission für Gemeinnützigkeit, Pfarrar Paul Knuchel, Liebefeld

Eröffnungswort

von Regierungsrat Dr. Kurt Meyer, Gesundheits- und Fürsorgedirektor des Kantons Bern

Was versteht man unter rheumatischen Erkrankungen?

Dr. med. Fritz Hasler, Oberarzt an der Rheumatologischen Universitätspoliklinik Bern

Rheumatologie in der Praxis

Dr. med. Hans Schwarz, Spezialarzt FMH für Rheumaerkrankungen, Bern

Physiotherapeutische Behandlungsmöglichkeiten

Jürg Feldmann, dipl. Physiotherapeut, Zentrum «Chly-Wabere»

Situation behinderter Rheumakranker im Kanton Bern

Dr. Bernhard Cloetta, Sozialpsychologe, Institut für Ausbildungs- und Examensforschung der Medizinischen Fakultät Bern

14 bis 16 Uhr

Die Bernische Rheumaliga

Erwin Röthenmund, Präsident der Bernischen Rheumaliga

Die Rheumaberatung im Kanton Bern

Peter Gutknecht, Leiter der Bernischen Beratungsstellen Pro Infirmis

Beantwortung von eingereichten Fragen aus dem Publikum

Vorführung des Filmes

«Leben ist Bewegung – Bewegung ist Leben»

Bundesrat Egli und Regierungsrat Meyer...

... rufen die Bevölkerung auf, den eben angelaufenen Kartenverkauf der Schweizerischen Fachstelle für Alkoholprobleme (SFA) zu unterstützen.

Für rund 600 000 Menschen in unserem Land ist Alkohol gleichbedeutend mit Kummer, Sorgen, Angst und Verzweiflung.

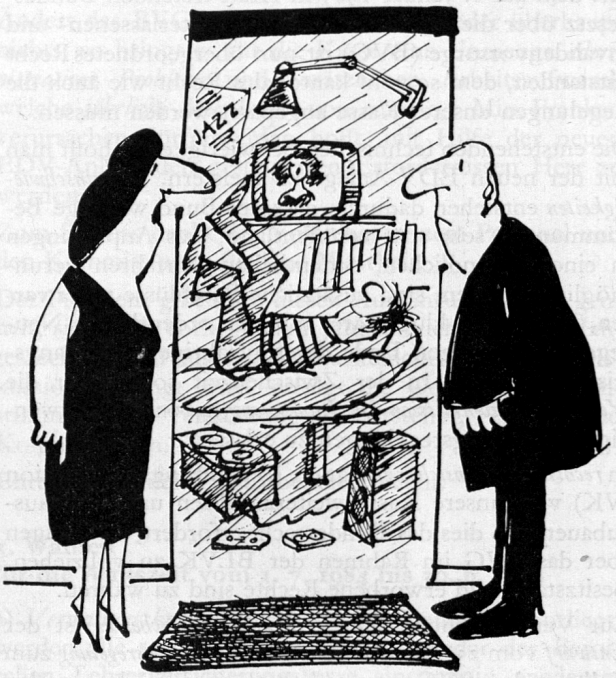
In jedem Dorf, in jedem Quartier gibt es Familien, die unter der Alkoholabhängigkeit eines ihrer Angehörigen leiden. Besonders schwer haben es die Kinder, wenn Vater oder Mutter vom Alkohol nicht mehr loskommt. Kummervolle Erlebnisse prägen sich da für das ganze Leben ein, kaum wieder gut zu machende Schäden werden den Heranwachsenden oft zugefügt.

Alkoholismus ist eine Krankheit

Der Alkoholkranke darf nicht länger als willensschwach und charakterlos angesehen werden. Dafür setzt sich die Schweizerische Fachstelle für Alkoholprobleme, SFA, ein, und sie bittet Sie um Unterstützung für diese Arbeit. Nicht nur dem Alkoholkranken gilt es dabei zu helfen, sondern auch die Not der Angehörigen, besonders das Ehepartners und der Kinder, zu lindern.

Die Schweizerische Fachstelle für Alkoholprobleme kann diese wichtige Aufgabe erfüllen, wenn sie auf viele private Spenden zählen kann. Besten Dank auch für Ihren Unterstützungsbeitrag! Postcheck 10-2600, SFA, Lausanne.

SFA, 1001 Lausanne



«Er hat grosse Konzentrationsschwierigkeiten. Ob das Fernsehen, der Video und das Stereogerät wohl zu sehr ablenken?!»

(Aus: ... *und wie geht es in der Schule?* Scapa, Benteli Verlag 3011 Bern)

Association européenne des enseignants

(AEDE) – Section suisse

Journée d'étude 1984

La traditionnelle journée d'étude organisée par l'AEDE aura lieu le *samedi 17 novembre 1984, à l'Hôtel Beaulac à Neuchâtel.*

«L'insertion des jeunes dans la vie active»

Les conférenciers, représentant divers milieux, apporteront chacun une contribution originale dans l'approche de ce thème d'actualité. Le débat devrait permettre un large échange d'idées et d'expériences.

Inscriptions: jusqu'au 10 novembre 1984, au moyen du bulletin annexé.

Programme

Dès

9 h. 15 Accueil des participants à l'Hôtel Beaulac, situé au port de Neuchâtel, côté est. Parc sur les rives à l'est de l'hôtel.

9 h. 45 Ouverture du séminaire par M. René Copt, président de l'AEDE, section suisse.

9 h. 50 Exposé de M. Jean-Pierre Markwalder, orienteur professionnel à Neuchâtel: «L'adolescent face au choix professionnel».

10 h. 20 Exposé de M. Jacques Prod'hom, chef de la section Planification et Prospectives du Centre Suisse de documentation en matière d'enseignement et d'éducation à Genève: «Evaluation récente et tendances de la formation professionnelle en Suisse».

10 h. 50 Exposé de M. Roger Cornut, conseiller au Bureau interrégional d'éducation, Université de Franche-Comté à Besançon: «L'université française face aux jeunes».

11 h. 20 Exposé de M. Benjamin Evequoz, expert en formation et développement chez Nestlé à Vevey: «L'intégration des jeunes dans une grande entreprise».

11 h. 50 Débat.

12 h. 20 Au Musée d'histoire (en face de l'hôtel): apéritif et salutations de M. André Buhler, conseiller communal de Neuchâtel.

13 h. 15 Repas à l'Hôtel Beaulac.

15 h. Au Musée d'histoire: Démonstration des automates Jaquet-Droz.

15 h. 30 Clôture de la journée d'étude.

Inscriptions (pour le repas):
jusqu'au 10 novembre 1984

– soit en retournant l'inscription à:
Pierre Kernen
Longchamps 42, 2014 Bôle

– soit en téléphonant au N° 038 42 59 21 (en dehors des heures de bureau)

Bulletin d'inscription

Nom

Prénom

Adresse

NP Localité

Téléphone privé

Ecole

☐ participera à la journée d'étude du 17 novembre 1984

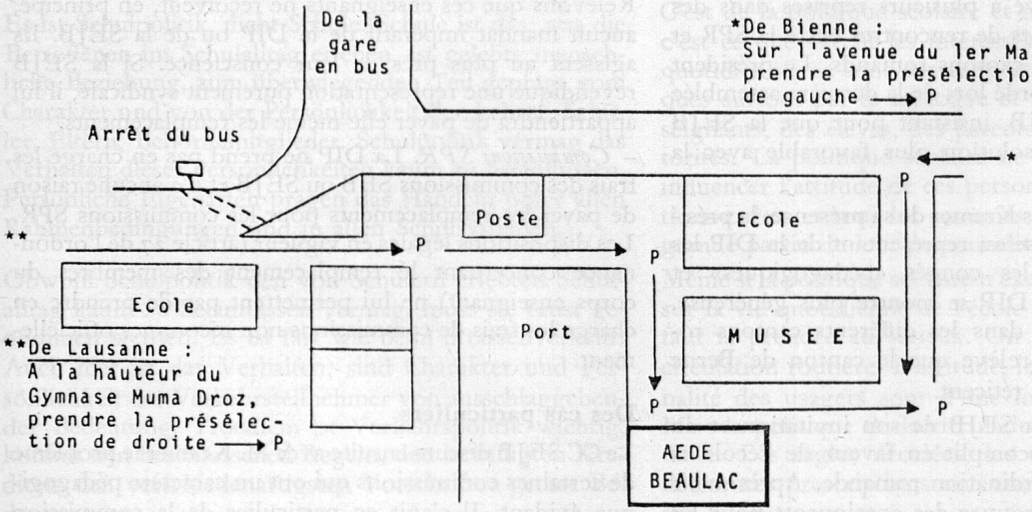
☐ participera au repas (Fr. 20.—, service compris, sans boisson)

Nombre de personnes

Date

Signature

Plan de situation



Conditions habituelles de participation

Congé

Les enseignants des cantons où l'école est ouverte le samedi pourront faire une demande de congé à l'autorité scolaire compétente.

Frais

La participation aux frais de déplacement et de repas par l'autorité scolaire varie d'un canton à l'autre. Les enseignants s'informeront à leur autorité compétente.

Information

Le Comité de l'AEDE informera les autorités scolaires cantonales compétentes de l'organisation de ce séminaire.

Echos du Comité central de la SEJB

Le 19 septembre 1984, le Comité central de la SEJB tenait une importante séance à laquelle participait le chef du service de l'enseignement de la DIP, M. Urs Kramer. Il s'agissait de discuter différents problèmes en suspens, en particulier celui des congés «pédagogiques». En deuxième partie de sa séance, le CC SEJB devait procéder à la nomination de plusieurs enseignants dans différentes commissions, fixer la procédure de consultation pour la révision de la législation bernoise en matière de formation, établir l'ordre du jour de la prochaine Assemblée des délégués de la SEJB et prendre connaissance de toute une série de communications de la présidente et du secrétaire.

*

Congés «pédagogiques»

Il est peut-être bon de rappeler la situation actuelle et la convention négociée en son temps avec la Direction de l'instruction publique:

- *La DIP à sa charge les frais (frais de remplacements) pour les séances des commissions officielles (commissions dont le mandat a été approuvé par la DIP) aussi bien sur le plan romand que cantonal.*
- *Les frais des commissions non reconnues sont à la charge des organisations qui ont mis en place ces commissions (SPR, SEB, SEJB).*
- *Les séances syndicales sont à la charge des organisations syndicales concernées.*

Le problème

Depuis un certain temps, la SPR se plaint que le canton de Berne ne se montre pas aussi large que certains cantons dans l'octroi des congés aux enseignants. Le problème a déjà été soulevé à plusieurs reprises dans des séances de la SPR ou lors de rencontres entre la SPR et les chefs de service des cantons romands. Le président de la SPR l'a encore abordé lors de la dernière assemblée des délégués de la SEJB, insistant pour que la SEJB essaie de trouver une solution plus favorable avec la DIP.

Après avoir remercié Urs Kramer de sa présence, la présidente de la SEJB expose au représentant de la DIP les problèmes posés par les congés «pédagogiques» et exprime le vœu que la DIP se montre plus généreuse. Comparant la situation dans les différents cantons romands, Judith Schenk relève que le canton de Berne semble particulièrement réticent.

Urs Kramer remercie la SEJB de son invitation et du grand travail qu'elle accomplit en faveur de l'école et dans le cadre de la coordination romande. Après avoir relevé la difficulté de trouver des enseignants pour les différentes commissions, le représentant de la DIP rappelle que le canton de Berne est certainement un des plus fidèles à la coordination romande et que, dans ce domaine, il accomplit sa large part de travail. Il ajoute que la DIP est liée par les dispositions légales en vigueur et qu'elle ne peut pas simplement les ignorer parce que d'autres cantons ne connaissent pas les mêmes conditions. Il rappelle alors l'attitude de la DIP en ce qui concerne la représentation du corps enseignant dans différentes commissions:

– *Commissions cantonales.* Pour toutes les commissions cantonales, mises en place par la DIP ou le Gouvernement, les enseignants obtiennent les congés nécessaires à condition que les commissions scolaires se déclarent d'accord. Actuellement, les commissions d'écoles se montrent parfois réticentes, estimant que les enseignants doivent être en priorité dans leurs classes. Les réclamations des parents sont également de plus en plus fréquentes, même si l'enseignant demande un congé pour un cours de perfectionnement (à plus forte raison quand c'est pour siéger dans une commission). Pour l'octroi des congés de courte durée, les commissions scolaires sont souveraines, la DIP ne pouvant que faire des recommandations.

– *Commissions SEJB ou SEB.* La DIP, comme les organisations concernées, estime qu'il s'agit d'affaires syndicales et qu'il n'appartient pas aux autorités de les financer. Jamais la SEB ou la SEJB n'a demandé à la DIP de payer les enseignants pour de telles activités qui ont généralement lieu en dehors des heures d'enseignement.

– *Commissions romandes.* Pour toutes les commissions officielles, les frais de remplacement sont pris en charge par le canton. Etant donnée la difficulté de trouver des enseignants pour ces différentes commissions, la SEJB et la DIP ont convenu de désigner généralement un représentant commun SEJB/DIP pour les différents postes. Relevons que ces enseignants ne reçoivent, en principe, aucun mandat impératif de la DIP ou de la SEJB. Ils agissent au plus près de leur conscience. Si la SEJB revendique une représentation purement syndicale, il lui appartiendra de payer elle-même les remplacements.

– *Commissions SPR.* La DIP ne prend pas en charge les frais des commissions SEB ou SEJB et n'a aucune raison de payer les remplacements pour les commissions SPR. Les dispositions légales en vigueur (article 27 de l'ordonnance concernant le remplacement des membres du corps enseignant) ne lui permettent pas de prendre en charge les frais de commissions non reconnues officiellement.

Des cas particuliers

Le CC SEJB discute ensuite avec M. Kramer le problème de certaines commissions qui ont un caractère pédagogique évident. Il s'agit en particulier de la commission

«Informatique», de la commission «Education permanente» et du groupe de travail «Visionnements TV». Des solutions sont envisagées pour chacune de ces commissions. Différents contacts devront encore être pris pas la SEJB.

Le Comité central de la SEJB remercie la Direction de l'instruction publique de la compréhension dont elle fait preuve face aux problèmes soulevés et de sa disponibilité à examiner objectivement les différents cas qui pourraient se poser. Le CC SEJB est convaincu que des solutions raisonnables sont possibles avec un minimum de bonne volonté de part et d'autre.

Autres problèmes

Différents membres du CC SEJB profitent de la présence de M. Kramer pour soulever d'autres problèmes et obtenir des réponses précises de la part du représentant de la DIP:

– *Commission TA de la SPR.* Ce n'est pas une commission reconnue par la DIP et l'Etat ne peut prendre en charge les frais de remplacement. La DIP est toutefois disposée à réexaminer le problème si une maîtresse d'ouvrages est chargée de l'étude ou de la rédaction d'un dossier requérant un engagement important en temps.

– *Effectifs.* Dans une école secondaire, l'inspecteur refuse de créer deux classes d'ouvrages avec une classe de quinze filles et de deux garçons. Le dossier doit être envoyé à la DIP qui examinera le problème.

– *Enseignement en duo.* Nous avons actuellement une centaine de postes d'enseignement en duo dans le canton. Pour que les deux enseignants puissent être nommés définitivement (c'est possible, contrairement aux affirmations de certains) il faut que le maintien de la classe soit garanti pour une durée d'au moins six ans (jusqu'à la fin de la période), que les intéressés soient d'accord et aient au moins chacun un demi-poste. C'est la DIP qui statue de manière définitive.

– *Trois enseignants pour deux classes.* C'est en principe possible, mais certains problèmes juridiques peuvent se poser. Ce point sera repris lors de la rencontre SEB–DIP du 22 octobre 1984.

– *Chômage.* L'enseignant d'un poste partiel a-t-il droit au chômage? Oui, à condition que le poste partiel représente moins de 80 pour cent du poste complet. Des problèmes se posent toutefois en raison du manque de disponibilité de l'enseignant pour un autre emploi éventuel.

– *Allégement pour raison d'âge.* Urs Kramer rappelle les dispositions légales qui permettent d'accorder l'allégement pour raison d'âge même si un enseignant donne moins de 28 leçons. Condition: l'enseignant doit donner toutes les leçons, exception faite éventuellement des leçons de travaux manuels/ouvrages et d'économie familiale, que le plan d'études prescrit pour sa classe (article 4 de l'ordonnance fixant le nombre des leçons obligatoires).

Urs Kramer conclut en remerciant les membres du CC SEJB de leur esprit d'ouverture et de leur engagement et se déclare prêt à participer à d'autres rencontres avec la SEJB si le besoin s'en fait sentir.

Yves Monnin

Mitteilungen des Sekretariates

Gesamtrevision der bernischen Bildungsgesetzgebung

GBG ist ein Versuch, Schulpolitik direktions- und stufenübergreifend zu überdenken, über den Geltungsbereich einzelner Erlasse hinaus zu denken und so nach einer gewissen Harmonie, nach einer Ausgewogenheit, nach gegenseitiger Abstimmung der einzelnen Bereiche des Bildungswesens zu streben.

Es ist Schulpolitik, nicht Schule. Schule ist das, was die Betroffenen im Schulalltag erleben, ist gelebte menschliche Beziehung, zum überwiegenden Teil geprägt vom Charakter und von der Persönlichkeit der Lehrer, Schüler, Eltern, Behördemitglieder. Schulpolitik vermag das Verhalten dieser Persönlichkeiten kaum zu beeinflussen. Persönliche Eigenarten prägen das Handeln unter allen Rahmenbedingungen und in allen Schulsystemen.

Obwohl Schulpolitik den von Schülern erlebten Schulalltag kaum zu beeinflussen vermag, muss sie ernst genommen werden. Es ist fast wie beim Strassenverkehr. Auch hier ist das Verhalten, sind Charakter und Persönlichkeit der Verkehrsteilnehmer von ausschlaggebender Bedeutung. Trotzdem ist Verkehrspolitik wichtig, kommt den beschlossenen Regeln, den bewilligten Krediten, den verschiedenartigsten Vorschriften grosse Bedeutung zu.

Communications du Secrétariat

Révision générale de la législation bernoise en matière de formation

La RLF est une tentative de repenser la politique scolaire en dépassant le cadre strict des directions et des degrés, en sortant du domaine d'application des différents décrets, et de rechercher une certaine harmonisation, un certain équilibre et l'accord sur certains domaines de la formation.

C'est de la politique scolaire et non de l'école. L'école, c'est ce que vivent les intéressés dans leur vie scolaire quotidienne, ce sont des rapports humains vécus, marqués surtout par le caractère et la personnalité des enseignants, des élèves, des parents, des membres des autorités. La politique scolaire ne peut que difficilement influencer l'attitude de ces personnes. Toutes les conditions-cadres et tous les systèmes scolaires dépendent en grande partie de leur personnalité.

Même si la politique scolaire n'exerce que peu d'influence sur la vie quotidienne de l'école vécue par les élèves, il faut la prendre au sérieux. On peut la comparer à la circulation routière. L'attitude, le caractère et la personnalité des usagers sont d'une importance primordiale. Mais la politique de la circulation est aussi très importante. Les règles décidées, les crédits accordés et les différentes prescriptions ont une influence considérable sur le tout.

Lehrer sind in erster Linie an ihrem Schulalltag interessiert. Für sie ist Schulpolitik eher ein Störfaktor. Änderungen in den Rahmenbedingungen erleben sie eher als Störung, als zusätzliche Belastung. Sie möchten in Ruhe mit ihren Schülern arbeiten können.

Die Schulgesetze sichern dem Lehrer Selbständigkeit in der Ausübung seines Berufes zu, allerdings nur «in den Grenzen des Unterrichtsplanes». Zudem hat der Lehrer «innerhalb der Schranken der gesetzlichen Erlasse die Weisungen der Schulbehörden zu befolgen». Aus diesen Formulierungen wird deutlich, dass gesetzliche Bestimmungen, Kompetenzregelungen, Lehrplanvorschriften usw. für die Gestaltung des Schulalltags als Rahmenbedingungen wichtig sind. Wichtig sind auch die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel, Räume, Ausrüstungen, Arbeitsmaterialien. Wichtig sind für den Lehrer die Regelung der Anstellungsverhältnisse, die Grösse der Schulklasse, Elternrechte und vieles mehr, was auf politischer Ebene beschlossen wird.

Lehrer sollten in ihrem ureigensten Interesse bei der Gestaltung der Schulpolitik mitwirken. Und weil Schulpolitik in jedem Fall durch Lehrer in Schulwirklichkeit umgesetzt werden muss, haben Schulpolitiker ebenfalls ein Interesse an dieser Mitwirkung. GBG ist darum auch ein Geschäft für Lehrer und ihre Organisationen. Wenn sie nicht mitpolitisieren, wird mit ihnen politisiert.

Politisieren heisst politisch denken und handeln. Politisches Denken muss über die eigene Schulstube und die eigene Schulstufe, aber auch über die kurzfristigen Alltagsprobleme hinausreichen. Schulpolitik kann sich nicht kurzfristigen Sonderinteressen anpassen. Sie muss eine die Jahrzehnte überdauernde Entwicklung unserer Gesellschaft und ihrer Schulen bedenken. Gerade weil GBG sich nicht unmittelbar auf den Schulalltag auswirkt, ist sie für derartiges Denken geeignet.

Moritz Baumberger, ZS BLV

Les enseignants sont les premiers intéressés par la vie de l'école. Pour eux, la politique scolaire est souvent ressentie comme une contrainte désagréable. Ils subissent les modifications des conditions-cadres comme des perturbations, comme des charges supplémentaires. Ils souhaitent pouvoir travailler en paix avec leurs élèves.

Les lois scolaires garantissent à l'enseignant la liberté dans l'exercice de sa profession, exercée toutefois «dans les limites du plan d'études». En outre, l'enseignant doit se plier «aux directives des autorités scolaires dans les limites des textes légaux». Ces formulations montrent bien que les dispositions légales, les compétences, les prescriptions du plan d'études, etc. sont des conditions-cadres importantes pour l'école de tous les jours. Il ne faut pas négliger non plus les moyens financiers, les locaux, les équipements, le matériel mis à disposition. Les enseignants sont également fortement concernés par la réglementation des conditions d'engagement, la grandeur des classes, les droits des parents et beaucoup d'autres choses qui sont décidées sur le plan politique.

Les enseignants auraient tout intérêt à collaborer à la formation de la politique scolaire. Et comme la politique scolaire doit à chaque fois être appliquée par les enseignants, les politiciens de l'école ont également intérêt à cette collaboration. La RLF est un objet pour les enseignants et leurs organisations. S'ils ne participent pas au débat politique, ils devront subir cette politique.

S'engager politiquement signifie penser politique et agir. La pensée politique doit aller au-delà de la salle de classe et du degré scolaire de l'enseignant. Elle doit également dépasser les problèmes à court terme du quotidien scolaire. La politique scolaire ne peut pas s'accommoder d'intérêts particuliers à brève échéance. Elle doit penser à un développement de notre société et de son école pour des décennies. Et c'est précisément parce que la RLF n'a pas d'influence immédiate sur le quotidien scolaire qu'elle mérite une telle réflexion.

Moritz Baumberger, secrétaire central de la SEB
Adaptation française: *Yves Monnin*

Rücktrittsalter 60

Wir haben viele amtsmüde Lehrer und Lehrerinnen über 60. Wir haben viele stellenlose Junglehrer, welche Arbeitslosenversicherung ziehen. Warum nicht diese beschäftigen und die älteren Lehrer früher pensionieren, die Mehrkosten aus der Besoldungsdifferenz und den eingesparten Arbeitslosentaggeldern finanzieren?

Aufgrund dieser einfachen Überlegungen wurde der Kantonalvorstand BLV beauftragt, die Kosten für das Rücktrittsalter 60 berechnen zu lassen.

Die Verwaltung der Lehrerversicherungskasse hat sich dieser Aufgabe unterzogen. Das Ergebnis zeigt, wie schwierig es wäre, das angestrebte Ziel zu erreichen. Senkt man das Rücktrittsalter auf das vollendete 60. Altersjahr, erhöht sich das notwendige Deckungskapital der versicherten Lehrer um 460 Millionen Franken. Um die Renten auch in Zukunft zu sichern, müssten die Beiträge von heute 16 % auf neu 25 % erhöht werden. Für eine Kindergärtnerin im Minimum müssten also anstatt 2835 Franken im Jahr 4430 Franken bezahlt werden, für einen Sekundarlehrer im Maximum anstatt 10800 Fran-

Retraite à 60 ans

Beaucoup d'enseignants de plus de 60 ans sont actuellement fatigués. De nombreux jeunes enseignants sans place touchent l'assurance chômage. Pourquoi ne pourrait-on pas engager ces derniers et donner la retraite plus tôt aux enseignants âgés? Ne pourrait-on pas financer les charges supplémentaires par les différences de salaire et par les allocations qu'on économiserait de l'assurance chômage?

En partant de ces réflexions, le Comité cantonal de la SEB a chargé de faire calculer les frais éventuels de la retraite à 60 ans.

L'administration de la Caisse d'assurance du corps enseignant bernois (CACEB) a effectué ce travail. Il en ressort qu'il serait très difficile de parvenir à l'objectif visé. Si on abaisse l'âge de la retraite à 60 ans, le capital de couverture nécessaire pour les enseignants assurés devrait être augmenté de 460 millions de francs. Pour que les rentes soient garanties à l'avenir, les primes actuelles devraient passer de 16 % à 25 %. Ainsi, une jardinière d'enfants au minimum de son traitement devrait payer 4430 francs au

ken gar 16870 Franken im Jahr. Schon für eine Senkung des Pensionierungsalters auf 62 Jahre müsste das Dekkungskapital um 220 Millionen Franken und der Prämiensatz um 4 % erhöht werden.

Diese Rechnungen zeigen, mit welchen Grössenordnungen man es bei unseren Pensionskassen zu tun hat. Wir dürfen deren finanzielle Grundlagen nicht gefährden. Deshalb ist eine Senkung des Rücktrittsalters ohne die berechneten Zusatzleistungen nicht zu verantworten. Wer aber kann die notwendigen Beträge aufbringen, und wer ist bereit, derart massive Prämienerhöhungen zu zahlen? Für die eingangs erwähnten Übertragungen von Besoldungskosten oder Leistungen der Arbeitslosenversicherung bestehen keinerlei rechtliche Grundlagen. Es ist auch nicht zu erwarten, dass sie isoliert für die Lehrer geschaffen werden könnten.

Sekretariat BLV: *Moritz Baumberger*

lieu de 2835 francs par année, un maître secondaire au maximum devrait payer 16870 francs au lieu de 10800 francs par année. Si on se contentait d'abaisser l'âge de la retraite à 62 ans, il faudrait augmenter le capital de couverture de 220 millions de francs et les primes de 4 %.

Ces calculations montrent les ordres de grandeur avec lesquels on a affaire avec les caisses de retraite. Nous ne pouvons pas nous permettre d'en menacer les bases financières et pour cette raison, on ne peut pas prendre la responsabilité d'abaisser l'âge de la retraite si on ne prend pas les mesures citées plus haut (augmentation du capital de couverture et augmentation des primes). Mais qui fournira les sommes nécessaires et sommes-nous prêts à accepter des augmentations de primes aussi massives? Il n'existe, d'autre part, aucune base légale qui permettrait le transfert des montants mentionnés ci-dessus ou l'utilisation de prestations de l'assurance chômage. On ne peut pas imaginer non plus que ces bases soient créées uniquement pour le corps enseignant.

Secrétariat de la SEB: *Moritz Baumberger*
Adaptation française: *Yves Monnin*

Aus den Verhandlungen des Kantonalvorstandes BLV

Sitzung von Mittwoch, 19. September 1984
Vorsitz: Hansulrich Wyler

Finanzielle Hilfen

Der Kantonalvorstand konnte den Dank einer stellenlosen Lehrerin für die Übernahme von Kurskosten entgegennehmen. Er bewilligte ein Studiendarlehen unter Vorbehalt der Zustimmung des Hilfsfonds SLV und gewährte ein Überbrückungsdarlehen an eine Kindergärtnerin, welcher der Lohn sistiert wurde, weil sie ihren Schwangerschaftsurlaub unbezahlt verlängert. Der BLV findet die Praxis des Personalamtes unrecht. Seiner Meinung nach haben im Amt stehende Lehrerinnen einen gesetzlich garantierten Anspruch auf bezahlten Schwangerschaftsurlaub. Die in vielen Fällen verfügte Sistierung der Lohnzahlung bis zur Wiederaufnahme des Unterrichts ist eine unzulässige Interpretation des ersten Satzes von Artikel 9 der Stellvertretungsverordnung. Der BLV wird die Frage in der nächsten Besprechung mit der Erziehungsdirektion aufgreifen.

Schulgeschäfte der Septembersession

Zentralsekretär Baumberger berichtete über die Beratung der Schulgeschäfte:

Der Grosse Rat stimmte einer Änderung des Dekretes über die Finanzierung der Berufsbildung zu und ermöglichte es damit, die bei einzelnen Schulen für ausserkantonale Schüler bestehenden Schulgeldausfälle auszugleichen.

Er genehmigte den Verwaltungsbericht und die Nachkredite der Erziehungsdirektion sowie Schulbaugeschäfte mit Gesamtkosten von rund 13 Millionen Franken.

Gegen den Willen des Regierungsrates überwies er eine Motion Schläppi, welche den Kanton verpflichtet, die staatlichen Beiträge für die Unentgeltlichkeit der Lehr-

Extrait des délibérations du Comité cantonal de la SEB

Séance du mercredi 19 septembre 1984
Présidence: Hansulrich Wyler

Assistance financière

Le Comité cantonal prend connaissance d'une lettre de remerciements d'une enseignante au chômage pour la prise en charge des frais de cours par la SEB. Il accorde un prêt d'études, sous réserve d'approbation du Fonds de l'Association suisse des enseignants. Il accorde également un prêt transitoire à une jardinière d'enfants dont le traitement a été suspendu parce qu'elle a prolongé son congé de maternité par un congé non payé. La SEB trouve incorrecte cette pratique de l'Office du personnel. Elle estime que les enseignants ont un droit garanti par la loi à un congé de maternité payé. La suspension du traitement jusqu'à la reprise de l'enseignement, comme cela s'est produit dans de nombreux cas, est une interprétation inadmissible de la première phrase de l'article 9 de l'ordonnance sur les remplacements. La SEB abordera cette question lors de sa prochaine rencontre avec la DIP.

Affaires scolaires de la session de septembre

Moritz Baumberger informe le Comité cantonal des délibérations du Grand Conseil sur les affaires scolaires lors de la session de septembre:

Le Grand Conseil a approuvé une modification du décret sur le financement de la formation professionnelle. Il compense de la sorte les pertes d'écolage pour les élèves hors cantons de certaines écoles.

Il a approuvé le rapport de gestion, les crédits supplémentaires de la Direction de l'instruction publique ainsi que des crédits de constructions scolaires pour un montant d'environ 13 millions de francs.

Il a accepté, contre la recommandation du Gouvernement, une motion Schläppi qui oblige le canton à

mittel und Schulmaterialien der Inflation und Erweiterung des Angebotes entsprechend zu erhöhen und damit dem gestiegenen Aufwand der Gemeinden besser Rechnung zu tragen.

Wie es der BLV empfohlen hatte, lehnte er eine Motion Gay-Crosier ab, welche die Wahl von amtierenden Lehrern in Schulkommissionen grundsätzlich verbieten wollte. Der BLV empfiehlt seinen Mitgliedern zwar Zurückhaltung bei der Annahme derartiger Mandate, lehnt es aber ab, die Bürgerrechte der Lehrer unnötigerweise einschränken zu lassen. Die Unvereinbarkeitsbestimmungen des Gemeindegesetzes genügen. Das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden soll nicht ohne gute Gründe durch kantonale Regelungen eingeschränkt werden.

Zurückgezogen wurde eine Motion Strahm, welche die Einführung von fakultativem Unterricht in Selbstverteidigung für Mädchen verlangte. Weil die bestehenden Möglichkeiten genügen und weil derartiger Unterricht nicht gefahrlos ist und speziell geschulte Lehrer verlangt, hatte der BLV im Einvernehmen mit den Turnlehrerorganisationen die Ablehnung der Motion empfohlen.

Zu längeren Ausführungen gaben eine Motion Widmer betreffend die Planung für den Neubau des Seminars Spiez und eine Interpellation Gallati betreffend die kantonale Seminarplanung Anlass. Der Rat bestätigte die Notwendigkeit des Seminars Spiez, möchte den Neubau aber noch etwas hinausschieben, was der Sitzgemeinde einige Schwierigkeiten bereitet. Er überwies die Motion Widmer als Postulat.

Einführung des BVG

Mit den anderen Personalverbänden war der BLV zur Vernehmlassung über die Verordnung zur vorläufigen Anpassung der Versicherungskasse der bernischen Staatsverwaltung an das Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) eingeladen worden, da für das Staatspersonal und die Lehrerschaft gleichartige Regelungen eingeführt werden sollen.

Der Kantonalvorstand erklärte sich mit den vorgelegten Grundsätzen einverstanden, wünschte bei einer Bestimmung betreffend die Eintrittsgeneration eine Klärung und kritisierte die Formulierungen betreffend Leistungsanspruch. Seiner Meinung nach sollte der Versicherte aufgrund der Verordnung wissen, auf welche Leistungen er in konkreten Versicherungsfällen Anspruch hat. Diese sind deshalb ausdrücklich zu regeln. Die vorgeschlagene Generalklausel befriedigt nicht. Zudem führt die vorgeschlagene Formulierung bezüglich Anspruch auf Kinderrenten für Rentenbezüger zu rechtlichen Widersprüchen. Unbefriedigend ist zum Beispiel auch der Versicherungsschutz in den vom Gesetz vorgeschriebenen 30 Tagen nach Auflösung des Dienstverhältnisses.

Im Normalfall wird sich für die Lehrer weder bei den Beiträgen noch beim Rentenanspruch etwas ändern.

Rücktrittsalter 60

Der Kantonalvorstand nahm Kenntnis vom Ergebnis der Berechnungen der Lehrerversicherungskasse bezüglich einer Herabsetzung des Pensionierungsalters. Er beauftragte den Zentralsekretär, dazu einen kurzen Text zu veröffentlichen. Trotz den sich abzeichnenden

augmenter les subventions officielles pour la gratuité des moyens d'enseignement et du matériel scolaire de manière correspondant à l'inflation et à l'évolution des coûts. On tiendra de la sorte mieux compte de l'augmentation des dépenses des communes.

Comme la SEB l'avait recommandé, la Grand Conseil a rejeté une motion Gay-Crosier qui demandait d'interdire en principe l'élection d'enseignants en fonction dans les commissions scolaires. La SEB recommande à ses membres une certaine retenue dans l'acceptation de tels mandats, mais elle refuse que soient limités de manière inutile les droits civiques des enseignants. Les dispositions sur les incompatibilités de la loi sur les communes sont suffisantes. L'autonomie communale ne doit pas être limitée par des réglementations cantonales sans de bonnes raisons.

Une motion Strahm demandant l'introduction de l'enseignement facultatif de l'autodéfense pour les filles a été retirée. Etant donné que les possibilités actuelles sont suffisantes, qu'un tel enseignement n'est pas sans danger et ne peut être donné que par des enseignants spécialement formés, la SEB, en accord avec les associations des maîtres de gymnastique, avait recommandé le rejet de la motion.

Une motion Widmer concernant la planification de la construction de l'Ecole normale de Spiez et une interpellation Gallati sur la planification cantonale des écoles normales ont donné lieu à de longs plaidoyers. Le Grand Conseil a réaffirmé la nécessité de l'Ecole normale de Spiez, mais exprimé le vœu que la construction en soit quelque peu différée, ce qui risque de provoquer quelques difficultés à la commune-siège. Il a accepté la transformation de la motion Widmer en postulat.

Introduction de la LPP

La Société des enseignants bernois a été invitée, ainsi que les autres associations du personnel, à prendre position sur l'ordonnance sur l'adaptation préalable des caisses d'assurance de l'administration cantonale à la loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité (LPP) étant donné que des dispositions analogues devront être prises pour le personnel de l'Etat et le corps enseignant.

Le Comité cantonal s'est déclaré d'accord avec les principes présentés. Il demande un éclaircissement à propos d'une disposition sur la génération d'entrée et critique la formulation des dispositions fixant le droit aux prestations. A son avis, une ordonnance devrait permettre à l'assuré de connaître les prestations auxquelles il a droit dans des cas concrets. C'est la raison pour laquelle il demande la réglementation expresse de ceux-ci. Les clauses générales proposées ne sont pas satisfaisantes. La formulation proposée du droit aux rentes d'enfants pour les retraités conduit à des contradictions juridiques. La couverture de l'assurance dans les trente jours prescrits par la loi après la fin de l'activité professionnelle est, par exemple, insatisfaisante.

Normalement, rien ne changera pour les enseignants, ni en ce qui concerne les cotisations, ni en ce qui concerne le droit à la rente.

Retraite à 60 ans

Le Comité cantonal prend connaissance du résultat des calculs effectués par la CACEB à propos de l'abaissement de l'âge de la retraite. Il charge le secrétaire central de

Schwierigkeiten muss sich der BLV weiter um die Verbesserung der Pensionierungsmöglichkeiten bemühen. Eine solche ist die Bereitschaft der Kasse, die Überbrückungsrente, welche ja durch einen Solidaritätsbeitrag der Versicherten ohne Beteiligung von Staat und Gemeinden finanziert wird, so zu erhöhen, dass die fehlenden IV- respektive AHV-Renten voll kompensiert werden. Der Kantonalvorstand dankt der Verwaltungskommission für ihre Bereitschaft und hofft, dass diese auch in die Tat umgesetzt werden kann.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Der kantonale Verband bernischer Arbeitslehrerinnen kritisiert in einer Eingabe die Tatsache, dass gleicher Unterricht je nach Lehrerpatent und Schulstufe unterschiedlich bezahlt wird und dass die Frage der Berechtigung und der Fächerzuteilung im Bereich Handarbeiten/Werken, aber auch im Turnen nicht befriedigend geregelt ist. Der Kantonalvorstand nahm die Eingabe zur Kenntnis und beauftragte den Zentralsekretär, ihm die zur Beurteilung der Situation notwendigen rechtlichen und politischen Aspekte in einem Arbeitspapier vorzulegen.

Fortbildungsurlaube

In einer Eingabe verlangt die Fortbildungskommission, der BLV solle prüfen, ob die Möglichkeit eines Bildungsurlaubes geschaffen werden solle, bei welchem der Lehrer weiterbesoldet würde, aber die Stellvertretungskosten zu übernehmen hätte. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen,

- dass die Lehrerversicherungskasse heute Artikel 5 ihrer Statuten («Wer wegen Weiterstudiums im Lehrberuf (...) den Schuldienst verlässt, (...) kann während längstens 8 Jahren eingestelltes Mitglied der Kasse bleiben») auch auf Fortbildungsurlaube anwendet, deren Programm durch die Erziehungsdirektion anerkannt ist,
- dass die bezahlten Bildungsurlaube nicht durch die neue Möglichkeit gefährdet werden sollte,
- dass bei Junglehrern die Stellvertretungskosten höher sind als der bezogene Lohn
- und dass mit dem neuen UVG das Unfallrisiko während längerer Zeit gedeckt werden kann.

Auch in dieser Sache erhielt der Zentralsekretär den Auftrag, dem Kantonalvorstand ein Arbeitspapier vorzulegen, in welchem die Probleme und Möglichkeiten dargelegt sind.

Arbeitslosigkeit der Lehrer

Grossrat Zürcher hat im Mai eine Motion eingereicht, in welcher Massnahmen gegen die Lehrerarbeitslosigkeit verlangt werden. Auf Einladung der ED nahm der Kantonalvorstand dazu Stellung. Einleitend wies er darauf hin, dass die Lehrer verhältnismässig stärker von der Arbeitslosigkeit betroffen sind als andere Berufe und dass Staat und Gemeinden ihnen gegenüber besondere Verantwortung tragen, weil sie hauptsächlichste Ausbildner und Arbeitgeber sind. Der Kantonalvorstand befürwortet den Abbau der Zusatzlektionen unter Einbezug von Unterricht an allen Schultypen. Voraussetzung ist allerdings, dass gewisse administrative Rahmenbedingungen geändert werden (Altersentlastung, Anrechnung der Pensen für Sozialzulagen, Dienstalters-

publier une information à ce sujet dans l'«Ecole bernoise». Malgré les difficultés prévisibles, la SEB doit poursuivre ses efforts en vue d'améliorer les possibilités de retraite. L'une est la disponibilité de la Caisse d'augmenter les rentes transitoires (pont AVS) financées par des cotisations de solidarité des assurés sans participation de l'Etat et des communes. Cette augmentation devrait permettre la compensation intégrale des rentes AVS ou AI manquantes. Le Comité cantonal remercie la commission de gestion de cette disponibilité et espère que celle-ci se concrétisera dans les faits.

Même traitement pour le même travail

L'Association cantonale bernoise des maîtresses d'ouvrages critique le fait que le même enseignant est rétribué différemment en fonction du brevet et du degré scolaire et que le problème du droit à l'enseignement et de l'attribution des branches TA/TM ainsi que gymnastique n'est pas réglé de manière satisfaisante. Le Comité cantonal prend acte de la requête de l'ACBMO et charge le secrétaire de lui exposer, dans un document de travail, les aspects juridiques et politiques nécessaires qui lui permettront de juger de la situation.

Congés de perfectionnement

La commission du perfectionnement demande à la SEB d'examiner s'il est possible d'envisager un congé de formation durant lequel l'enseignant continuerait à être payé, mais devrait prendre à sa charge les frais de remplacement. Il ressort de la discussion

- que la CACEB applique actuellement l'article 5 de ses statuts *(Celui qui abandonne ses fonctions pour entreprendre des études complémentaires pour l'enseignement (...) peut rester membre de la Caisse pendant huit ans au plus)* également pour les congés de perfectionnement dont le programme est reconnu par la Direction de l'instruction publique;
- que cette nouvelle éventualité ne devrait pas menacer les congés de formation payés;
- que les frais de remplacement sont plus élevés pour les jeunes enseignants que leur traitement
- et que la nouvelle LAA couvre durant plus longtemps les risques d'accidents.

Le Comité cantonal charge le secrétaire central de lui présenter un document de travail exposant les problèmes qui se posent et les possibilités envisageables.

Chômage des enseignants

Le député Zürcher a déposé en mai une motion demandant des mesures concrètes contre le chômage des enseignants. La Direction de l'instruction publique a invité la SEB à prendre position. Le Comité cantonal relève tout d'abord que l'enseignement est, proportionnellement, plus touché par le chômage que les autres professions et que l'Etat et les communes portent une responsabilité particulière envers les enseignants puisqu'ils sont les principaux formateurs et employeurs. Le Comité cantonal recommande la suppression des leçons supplémentaires en y incluant l'enseignement dans tous les types d'écoles. Il faut, bien entendu, que certaines conditions-cadres administratives soient modifiées (allégement pour raison d'âge, calcul des horaires pour les allocations sociales, allocations d'ancienneté, assurances, équilibrage des fluctuations des horaires, etc.). Un peu plus de deux

zulagen, Versicherungen, Ausgleich der Pensenschwankungen usw.). Zwar geben über zwei Drittel der Lehrer keine Zusatzlektionen, aber trotzdem könnten allein an Primar- und Sekundarschulen rund 200 neue Lehrstellen geschaffen werden. Bei den Versicherungen sind ebenfalls Änderungen möglich, welche den Rücktritt älterer Lehrer erleichtern, so dass Stellen für jüngere Arbeitslose frei werden. Bezüglich Stellenteilung ist der Kantonalvorstand der Ansicht, dass die Möglichkeit zu verschiedenartigen Stellenteilungen respektive zur freiwilligen Pensenreduktion verbessert und die Schulbehörden über die bestehenden Möglichkeiten informiert werden sollten. Allein an den Primarschulen sind gegenwärtig fast hundert Lehrstellen auf zwei Lehrer aufgeteilt. Der BLV hat sich mehrmals über die Bedeutung und Notwendigkeit verstärkter Fort- und Ergänzungsausbildung der Lehrer geäussert und seinem Bedauern über die Kreditkürzungen Ausdruck gegeben. Er unterstützt deshalb auch den diesbezüglichen Punkt der Motion Zürcher, ebenso die Wiederaufnahme der Wochenkurse zur Einführung neuer Unterrichtsgebiete und -formen, durch welche stellenlosen Lehrern die Möglichkeit zu Stellvertretereinsätzen gegeben wird. Aufgrund dieser Überlegungen empfiehlt der BLV die Annahme der Motion Zürcher.

Im gleichen Zusammenhang beschloss der Kantonalvorstand, den Sektionen und Stufenorganisationen die Vorschläge der Arbeitsgruppe «Stellenlosigkeit» unverändert zur Vernehmlassung zuzustellen. Es handelt sich dabei um folgende Themen:

1. Richtzahlen für Klassengrössen
2. 2 Lehrer für 1 Klasse oder 3 Lehrer für 2 Klassen
3. Freiwillige Pensenreduktion
4. Abbau von Überstunden
5. Umwandlung von Funktionszulagen in Lektionen
6. Vermehrtes und differenziertes Angebot von Möglichkeiten zur Absolvierung eines 10. Schuljahres
7. Freiwillige vorzeitige Pensionierung
8. Arbeitszeitverkürzung
9. Innovationen und besondere Verhältnisse erfordern vermehrt abteilungsweisen Unterricht
10. Einführung des qualitativen Numerus clausus in der Lehrerbildung
11. Rekurrente Lehrerbildung schafft auch längerdauernde Unterrichtseinsätze Stellenloser
12. Durch kurze Kompaktkurse für amtierende Lehrer während des Quartals wiederum Stellvertretungseinsätze für Stellenlose schaffen
13. Amtierenden Lehrern und Stellenlosen die Ergänzungsausbildungen in bestimmten Fachbereichen in konzentrierter Form ermöglichen
14. Durch zeitlich begrenzte, auf kollegiale Zusammenarbeit beruhender «stages» den Stellenlosen pädagogisch-didaktische Einblicke und konkrete Unterrichtskontakte vermitteln
15. Durch Freizügigkeit und gesichertem Stellenerhalt bei befristeter Lehrtätigkeit im Ausland längerdauernde Stellvertretungsplätze schaffen
16. Bessere Bedingungen für den sogenannten unbezahlten Bildungsurlaub schaffen längerdauernde Stellvertretungseinsätze

tiers des enseignants n'ont pas de leçons supplémentaires. Malgré tout, on pourrait créer environ 200 nouveaux emplois uniquement dans les écoles primaires et secondaires. En ce qui concerne les assurances, des modifications sont possibles. Il s'agirait de faciliter la retraite des enseignants âgés pour que des postes soient libérés pour de jeunes enseignants au chômage. A propos du partage des postes, le Comité cantonal est d'avis qu'il devrait être possible d'améliorer les conditions permettant le partage de postes ou la réduction volontaire du pensum et que les autorités scolaires devraient être informées des possibilités existantes. Uniquement à l'école primaire, nous avons actuellement près de cent postes partagés entre deux enseignants. La SEB s'est déjà prononcée à plusieurs reprises sur l'importance et la nécessité de renforcer le perfectionnement et la formation complémentaire des enseignants. Elle a déjà exprimé ses regrets à propos des réductions de crédits. Pour ces raisons, elle soutient également ce point particulier de la motion Zürcher ainsi que la réintroduction de cours hebdomadaires pour l'introduction de nouvelles branches et formes d'enseignement. Ces cours permettraient d'offrir des remplacements à des enseignants au chômage. Toutes ces réflexions conduisent la SEB à proposer l'acceptation de la motion Zürcher.

Dans le même contexte, le Comité cantonal décide de soumettre telles quelles aux sections et organisations de degrés les propositions du groupe de travail «Chômage». (Ces propositions ont également été transmises à la commission «Emplois» de la SEJB.) Elles concernent les thèmes suivants:

1. Directives concernant les effectifs des classes
2. Deux enseignants pour une classe ou trois enseignants pour deux classes
3. Réduction volontaire de l'horaire hebdomadaire
4. Suppression des heures supplémentaires
5. Transformation des allocations de fonction en leçons
6. Augmentation et différenciation des possibilités d'accomplir une dixième année scolaire
7. Retraite anticipée volontaire
8. Réduction du temps de travail
9. Innovations et conditions particulières requièrent davantage de sections de classe
10. Introduction du numerus clausus qualitatif dans la formation des enseignants
11. La formation récurrente des enseignants crée des possibilités d'engagement de longue durée pour les enseignants au chômage
12. De brefs cours blocs pour les enseignants durant le trimestre offrent des possibilités de remplacements pour les chômeurs
13. Offrir la formation complémentaire sous forme de cours concentrés dans certaines branches pour enseignants en place et chômeurs
14. Permettre aux chômeurs une approche pédagogique et didactique ainsi que des contacts concrets avec l'enseignement en organisant des «stages» limités dans le temps et basés sur la collégialité
15. Libre circulation et garantie du poste lors d'une activité d'enseignant à l'étranger limitée dans le

17. Übergangsvorschlag für Primarlehrer nach dreieinhalb Jahren Ausbildung
18. Primarlehrer nach dreieinhalb Jahren Ausbildung
19. Eine intensive Beratung zur Umschulung und Weiterbildung anbieten
20. Lehrerbedarfsprognose
21. Stellen sollen den entsprechend Patentierten vorbehalten bleiben
22. Bevorzugung echter Stellenloser bei Stellenbesetzungen (feste Stellen, Provisorien, Stellvertretungen) vor Zweitverdienern
23. Einfluss und Arbeitskapazität von Arbeitsstellen zur Bekämpfung der Stellenlosigkeit der Lehrer verstärken

Wahlfachausweise

Wegen unterschiedlichen Auffassungen innerhalb der Verwaltung hat die ED Bericht und Antrag der Arbeitsgruppe «Wahlfachunterricht» in Vernehmlassung gegeben. Kernfrage ist dabei, ob das Ausweisobligatorium an Primarschulen beibehalten oder abgeschafft werden soll, wobei allenfalls nicht mehr das Fehlen mit einem Lohnabzug von 10% bestraft, sondern der Besitz mit einer Zulage von 10% belohnt würde. Die Vernehmlassungsunterlagen sind den Stufenorganisationen zum Mitbericht zugestellt worden.

Freiwillige Pensenreduktion an Sekundarschulen

Im Gegensatz zur Primarschule sollen an Sekundarschulen heute Lehrer im Normalfall nur noch für ein ganzes oder für ein halbes Pensum definitiv gewählt werden. Diese nicht gesetzlich abgestützte, aber in einem Rundschreiben der Sekundarschulinspektorenkonferenz enthaltene Regelung wird in einer Eingabe des Vereins der verheirateten Lehrerinnen und der Lehrerehepaare kritisiert. Der Kantonalvorstand beschloss, anlässlich der nächsten Besprechung von der Erziehungsdirektion eine Klärung der Frage zu verlangen.

Wiederwahlen 1986

Der Kantonalvorstand bestimmte die Delegation und verabschiedete Unterlagen für die Besprechung vom 22. Oktober 1984 über Fragen der Wiederwahlen 1986 mit Vertretern der ED und der Schulinspektorenkonferenz.

Tagung Lehrerbildung

Die ED hat beschlossen, den wegen der Teilnahme von Lehrervertretern an der Tagung «Lehrerbildung in der Nordwestschweiz» ausfallenden Unterricht als nichtnachholpflichtig zu erklären, respektive die Stellvertretungskosten zu übernehmen.

Schulfernsehen

Der Kantonalvorstand diskutierte kurz über die Vernehmlassungsunterlagen «Richtlinien für das Schulfernsehen der 90er Jahre» und beauftragte eine kleine Gruppe mit der Ausarbeitung eines Stellungnahmeentwurfes.

Abonnement SLZ

Der Kantonalvorstand dankte in einem Brief dem Zentralvorstand SLV für den Verzicht auf eine Erhöhung des Abonnementspreises für die Berner Ausgabe

temps permettent d'offrir des remplacements de longue durée
16. De meilleures conditions pour les congés de formation non payés augmentent les possibilités de remplacements de longue durée
17. Propositions de changement de profession après 3½ années de formation à l'école normale
18. Certificat après 3½ années de formation à l'école normale
19. Information intensive sur les changements de profession et la poursuite de la formation
20. Prévision des besoins en enseignants
21. Les emplois doivent être réservés aux enseignants possédant le diplôme requis
22. Donner la préférence aux vrais chômeurs lors de postes à repourvoir (postes fixes, provisoires, remplacements) plutôt qu'aux doubles salaires
23. Renforcer l'influence et la capacité de travail des offices d'emplois de manière à combattre le chômage des enseignants

Certificat pour l'enseignement des branches à option

En raison de différences de conception dans l'administration, la DIP a mis en consultation le rapport et les propositions du groupe de travail «Enseignement des branches à option». La question principale est de savoir s'il faut maintenir l'obligation du certificat pour les écoles ou le supprimer, éventuellement en ne pénalisant pas le manque de certificat par une déduction de 10%, mais en accordant un supplément de 10% à ceux qui le possèdent. La documentation nécessaire a été envoyée aux organisations de degrés pour prise de position.

Réduction volontaire d'horaire dans les écoles secondaires

A l'inverse de ce qui se passe dans les écoles primaires, les enseignants des écoles secondaires ne peuvent plus être élus définitivement que pour un poste complet ou un demi-poste. Cette réglementation, qui n'a aucune base légale mais qui émane d'une circulaire de la Conférence des inspecteurs des écoles secondaires, est vivement critiquée dans une lettre que nous a adressée la Société des enseignantes mariées et des couples d'enseignants. Le Comité cantonal décide de soulever ce problème lors de la prochaine rencontre avec la DIP.

Réélections 1986

Le Comité cantonal désigne la délégation et approuve la documentation élaborée pour la rencontre du 22 octobre 1984 sur le problème des réélections de 1986 avec des représentants de la DIP et de la Conférence des inspecteurs.

Séminaire «Formation des enseignants»

La DIP a décidé que l'enseignement qui tomberait pour des représentants des enseignants participant au séminaire «Formation des enseignants du Nord-Ouest de la Suisse» ne devrait pas être rattrapé ou qu'elle prendrait en charge les frais de remplacement.

TV scolaire

Le Comité cantonal discute brièvement les documents mis en consultation sur les «directives pour une TV scolaire des années 90». Il charge un petit groupe d'élaborer un projet de prise de position.

der Schweizerischen Lehrerzeitung. Gleichzeitig teilte er mit, dass aufgrund vieler Eingaben der bestehende Vertrag in der Abgeordnetenversammlung vom 28. November 1984 zur Diskussion gestellt und möglicherweise das Obligatorium für deutschsprachige Vereinsmitglieder aufgehoben wird.

Ausserordentliche AV BLV

Der Kantonalvorstand genehmigte die Traktandenliste für die ausserordentliche Abgeordnetenversammlung des BLV vom 28. November 1984 und regelte einige weitere Fragen.

Präsidentenkonferenz BLV

Teilnehmer orientierten über die deutschsprachige Präsidentenkonferenz des BLV vom Vortag, an welcher leider ein Drittel der Sektionen ohne Entschuldigung gefehlt hatte. Neben den Traktanden der ausserordentlichen AV BLV waren vor allem Fragen bezüglich der Wiederwahlen 1986 Gegenstand der Aussprache, die von einigen Präsidenten als sehr wertvoll bezeichnet worden war.

Sitzungstermine 1985

Der Kantonalvorstand legte die Sitzungstermine für das kommende Jahr fest: AV 29. 5. und eventuell 27. 11. 85 / KV 30. 1. / 20. 2. / 27. 3. / 2. 5. / 22. 5. / 26. 6. / 28. 8. / 18. 9. / 30. 10. / 20. 11. und 11. 12. 85 / LA während der Schulzeit jeweils jeden Montag.

Vereinsstatuten

Er genehmigte die zweitletzten Sektionsstatuten.

Ferien des ZS

Er bewilligte eine Woche Ferien vom 1. bis 5. Oktober 1984 für den Zentralsekretär.

Sekretariat BLV: *Moritz Baumberger*

Abonnement à la SLZ

Le Comité cantonal adresse une lettre de remerciements au secrétaire central de l'Association suisse des enseignants qui renonce à augmenter le prix de l'abonnement pour l'édition bernoise de la «Schweizerische Lehrerzeitung». Il communique également à l'ASE qu'en raison des nombreuses réclamations reçues le contrat actuel sera remis en discussion lors de l'Assemblée des délégués SEB du 28 novembre 1984. Il est possible que l'obligation de s'abonner à la SLZ soit supprimée pour les membres de langue allemande.

AD extraordinaire de la SEB

Le Comité cantonal approuve l'ordre du jour de l'Assemblée extraordinaire des délégués de la SEB du 28 novembre 1984 et règle quelques questions administratives.

Conférence des présidents de la SEB

Des participants à la Conférence des présidents de langue allemande de la SEB du 18 septembre 1984 informent le Comité cantonal du déroulement de la séance. Relevons qu'un tiers des sections étaient absentes sans s'être excusées. Les différents points de l'ordre du jour de l'AD extraordinaire de la SEB ont été discutés ainsi que divers problèmes concernant les réélections de 1986, problèmes considérés comme très importants par certains présidents.

Calendrier 1985 des séances

Le Comité cantonal fixe comme suit le calendrier des séances pour 1985: Assemblée des délégués: 29 mai et éventuellement 27 novembre 1985. Comité cantonal: 30 janvier, 20 février, 27 mars, 2 mai, 22 mai, 26 juin, 28 août, 18 septembre, 30 octobre, 20 novembre et 11 décembre 1985. Comité directeur: chaque lundi durant les périodes scolaires.

Statuts

Le Comité cantonal approuve les statuts des deux dernières sections.

Vacances

Le Comité cantonal accorde une semaine de vacances au secrétaire central du 1er au 5 octobre 1984.

Secrétariat de la SEB: *Moritz Baumberger*
Adaptation française: *Yves Monnin*

Erscheint vierzehntäglich

Redaktion: Christian Jaberg, Postfach 7, 3043 Uettligen, Telefon 031 82 28 36.

Alle den Textteil betreffenden Einsendungen, ob für die Schweizerische Lehrerzeitung oder das Berner Schulblatt bestimmt, an die Redaktion.

Inserate für die SLZ direkt an: Zeitschriftenverlag, 8712 Stäfa.

Bestellungen und Adressänderungen an das Sekretariat des BLV, Brunngasse 16, 3011 Bern, Telefon 031 22 34 16, Postcheck 30-107 Bern.

Redaktor der «Schulpraxis»: H.-R. Egli, 3074 Muri bei Bern, Breichtenstrasse 13, Telefon 031 52 16 14.

Druck: Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern.

Parution bimensuelle

Rédaction pour la partie française: Yves Monnin, secrétaire adjoint SEB, Brunngasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16.

Prière d'envoyer ce qui concerne la partie rédactionnelle (y compris les livres) au rédacteur.

Pour les changements d'adresses et les commandes, écrire au Secrétariat de la SEB, Brunngasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16, chèques postaux 30-107 Berne.

Impression: Eicher & Co., Case postale 1342, 3001 Berne.

AZ 3000 Bern 1

Druck und Spedition Eicher+Co. 1342–3001 Bern